

Antifaz

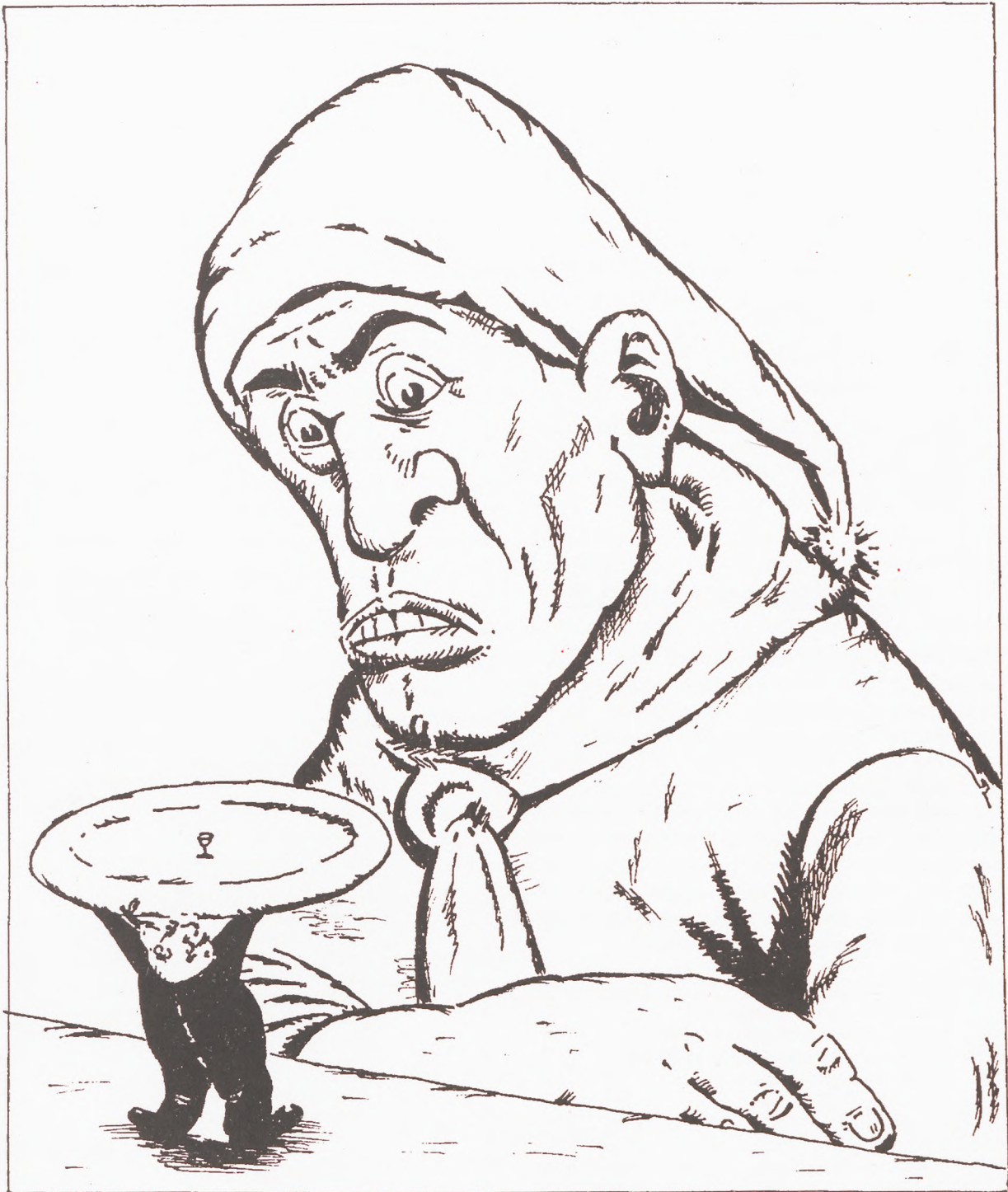
Antifaschistische Zeitung

50

NOV./DEZ.'94

9. Jahrgang

DM 3,00



Regierungsprogramm: Der Durst bleibt ungestillt

Inhalt

- 3 Editorial
- Berichte**
- 4 Dersim wird niedergebrannt
- 5 Protestzug kurdischer Frauen nach Straßburg
- 8 Kurdische Frauendelegation ist in Deutschland
- 9 Die "Politik" der verbrannten Erde
- 20 Mexiko-Solidaritätsveranstaltung in Dortmund
- 33 Ein Tag in Bremen
- Rückblick**
- 14 AntifaZ Ausgabe Nr. 50
- Stellungnahme**
- 25 Antifaschistischer Bund (AFB) Ruhrgebiet
- Kommentar**
- 26 Nach den "Superwahlen" - Wer hat gewonnen?
- Debatte**
- 28 Zeitzünderbomben (N.Chomsky)
- Gedicht**
- 36 Die Wahlesel (H. Heine)

Eigentumsvorbehalt

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie der/ dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der / dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/ dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur diese, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Abonnements-Bedingungen:

Einzel-Abonnement/Jahr: 27,-DM
Förder-Abonnement/ Jahr ab 30 DM
Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 2

Breite	Höhe	DM	Breite	Höhe	DM
5,5cm	<6cm	<60,-	5,5 cm	24 cm	120,-
5,5cm	8 - 11cm	60,-	7,7cm	24cm	150,-
10,5cm	8 - 6	75,-	16cm	12cm	150,-
7,7cm	10 - 15cm	95,-			

AntifaZ

Die AntifaZ ist eine unabhängige Zeitschrift, die alle zwei Monate erscheint. Namentlich gekennzeichnete Beiträge werden vom/von der jeweiligen AutorIn verantwortet und geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

V.i.S.d.P.: W. Englisch
 Oerweg 28
 45657 Recklinghausen
 Tel.: 02361/ 26345
 Redaktionsanschrift:
 Antifa-Zentrum
 Herner Str. 43
 45657 Recklinghausen
 Tel.: 02361/21686
 Redaktionssitzung
 Donnerstag, 19. - 20.00 Uhr.
 AbonnentInnen- und Anzeigenkonto:
 BLZ: 430 500 01
 Kto.-Nr.: 334 01 027
 Stichwort: AntifaZ
 Sparkasse Bochum
 Auflage: 1000
 Druck: LUPEN OFFSETDRUCK
 DUISBURG

EDITORIAL

Die **50. Ausgabe der AntifaZ** liegt vor euch - für uns kein Grund zu Jubelschreien, eher ein Anlaß für kritischen **Rückblick** und einige (wenige) zaghafte Überlegungen für die **Zukunft** (denn weitermachen werden wir, aber ob es eine Nummer 100 geben wird, wer weiß).

Unsere inzwischen im **9. Jahrgang** erscheinende Zeitschrift hat ihren Platz in der Antifa-Bewegung, wird in unterschiedlichen politischen Strukturen gelesen (auch regelmäßig vom Landeskriminalamt in NRW), hat (ob als einzige Zeitschrift, wissen wir nicht) das (zweifelhafte) Verdienst erworben, wegen einiger Kritik an "den Autonomen" von Bochumer und Herner autonomen AntifaschistInnen von deren Büchertischen verbannt zu sein - na, ja !

Wir hatten uns für diese "**Jubiläumsausgabe**" so sehr vorgenommen, etwas "Besonderes" zu produzieren, und dann wurde es doch wieder nur eine "ganz gewöhnliche" AntifaZ - wir hoffen, es ist dennoch für viele etwas Interessantes dabei.

Schwerpunkt mal wieder - wegen der Tragweite der aktuellen Ereignisse - der **Völkermord des türkischen Regimes an den KurdInnen**. "**Dersim wird niedergebrannt**" ist deshalb auch der Titel unseres aktuellen Leitartikels, dazu weitere Berichte und Hintergrundinformationen.

Auf dem Hintergrund der immer brutaleren Vernichtungsaktionen der türkischen Armee gewinnt die Tatsache, daß es einer **kurdischen Frauendelegation** auf Einladung von **Terre des femmes** gelungen ist, in die BRD einzureisen (sie befindet sich zur Zeit auf einer Rundreise durch verschiedene Städte), besondere Bedeutung. Über die Delegation berichtet ein Artikel der Frauenredaktion.

Die in der vergangenen Ausgabe begonnenen "**gelben Seiten**" mit theoretischen Überlegungen, Stellungnahmen und Auseinandersetzungen hat Zuspruch erfahren - wir versuchen, sie fortzusetzen. In dieser Ausgabe auf den gelben Seiten:

Die **MHP in der Türkei und Nordkurdistan**, **türkische Faschos in der BRD** und ein Artikel von **Jürgen Korell** (Bundesarbeitsgemeinschaft kritischer PolizistInnen) über die "**Politische Polizei**".

Unter dem Titel "**Zeitzünderbomben**" hat Klaus Dillmann einen Artikel von **Noam Chomsky** übersetzt. Chomsky setzt sich damit auseinander, "**zu welchem Zweck die neue Weltwirtschaft neue Explosionen wie die in Chiapas entzünden wird**".

Auch von Klaus und auch zum Thema "**Mexiko**" ist eine "**Nachbetrachtung**" zu einer Solidaritätsveranstaltung mit dem bewaffneten Befreiungskampf in Mexiko verfaßt. Die Veranstaltung fand in **Dortmund** statt.

Und eine "**Erklärung des Antifaschistischen Bundes (AFB)**" beschäftigt sich mit der Tatsache, daß von den VeranstalterInnen dieser Veranstaltung einige Organisationen und auch unsere Zeitschrift, die AntifaZ, ausgeschlossen wurden.

Was es sonst noch gibt ?

Ein **Kommentar** (neben den tausenden, die es sonst schon gibt) von Stephan W. Born (AFB) zum **Ausgang der Wahlen : Wer hat gewonnen?**

Es gibt außerdem einen Kurzbericht von Bruno über die **bundesweite Demonstration** gegen die "Einheitsfeiern" in **Bremen**.

Für heute alles Gute,

**WT im Namen
der AntifaZ-Redaktion**

DERSIM WIRD NIEDERGEBRANNT

Gestern Lice, Kulp, Halepce, heute Dersim

Der schmutzige Vernichtungs- und Vertreibungskrieg der Türkei gegen das kurdische Volk erreicht von Tag zu Tag neue Dimensionen an Grausamkeit und Skrupellosigkeit. Die Zerstörung der Natur in Kurdistan, die systematische Vernichtung der Lebensgrundlagen sowie Zwangsevakuierungen bzw. die Vertreibung der kurdischen Bevölkerung durch die türkische Armee läuft weiterhin auf vollen Touren und nimmt in letzter Zeit drastische Ausmaße an.

Seit dem 17. September d.J. bildet die kurdische Provinz Dersim (Tunceli) - Ausgangspunkt der später von der Armee blutig niedergeschlagenen legendären Aufstands gegen den türkischen Staat im Jahre 1938 - den Schwerpunkt des türkischen Krieges gegen das gesamte kurdische Volk. Nach Angaben der Dorfbewohner in den Kreisstädten Ovacik, Pülümür, Hozat, Cemisgezek und Nazmiye brannte die türkische Armee innerhalb von wenigen Tagen über **41 Dörfer und Ortschaften** nieder. Die Bewohner suchten in den nahegelegenen Städten Zuflucht. Die Wälder in der Umgebung sind ebenfalls von der Armee in Brand gesteckt worden. Allein in Ovacik haben 2500 Bauern Zuflucht gesucht.



Diese Informationen erfuhren Bestätigung aus dem Munde des sozialdemokratischen Ministers für Menschenrechte im Kabinett, **Azimet Köylüoglu**, der nach dem Besuch der Region seine Ministerpräsidentin und den Innenminister, der die Armee in Schutz zu nehmen versuchte, kritisiert hat. Der sozialdemokratische Abgeordnete aus der Provinz Dersim (Tunceli), **Kamer Genc**, der zugleich Vizepräsident des türkischen Parlaments ist, beklagte sich über die Schwierigkeiten, einen Verantwortlichen in der Hierarchie für die Zerstörung der Dörfer und Ortschaften auszumachen.

Nach Angaben des türkischen Menschenrechtsvereins werden in den ersten acht Monaten dieses Jahres 1284 Dörfer und Ortschaften zerstört bzw. entvölkert. Der türkische Oppositionsführer der Mutterlandpartei, **Mesut Yilmaz**, spricht von 1500 niedergebrannten Dörfern in den vergangenen drei Jahren.

Die konservativ-sozialdemokratische Koalitionsregierung unter **Tansu Ciller**, die seit ihrem Amtsantritt ^{bedingungslos auf} das türkische Militär und auf die militaristische Lösung der Kurden-Frage setzt, beschäftigt sich überwiegend damit, den Krieg in Kurdistan und die ständigen Verletzungen der elementaren Menschenrechte zu rechtfertigen. Dabei ist sich die Türkei der stillschweigenden Beobachterrolle ihrer Bündnispartner, vor allem der USA und der Bundesrepublik, sicher. Der halbherzige Druck aus dem europäischen Ausland wird vom türkischen Staat bewußt zur Aufpeitschung der nationalistisch-chauvinistischen Kräfte in der türkischen Gesellschaft ausgenutzt.

Die "Gründe" des Massakers

Zu den Maßnahmen gegen die Bevölkerung von Dersim ist es gekommen, weil sich die Bevölkerung dort besonders fortschrittlich und regimekritisch engagiert. Aus diesem Grund ist

Dersim der Regierung in Ankara seit langem ein Dorn im Auge.

Dersim hat nicht zum ersten Mal ein solches Massaker erlebt, 1938 wurden (wie erwähnt) zum Beispiel 40.000 Kurdinnen und Kurden, Alte, Schwangere, Kinder, niedergemetzelt.

Dieses Ereignis hat sich in das Gedächtnis der Bevölkerung der region Dersim eingebrannt, es ist mit ein Grund für das tief verwurzelte Mißtrauen der Menschen gegenüber dem türkischen Staat.

Jede/r, der/die die Geschichte von Lice, Kulp und Dersim kennt, kann nicht länger zu den Ereignissen, den Machenschaften der aggressiven türkischen Regierung schweigen.

Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, eine unabhängige internationale Kommission der Staatengemeinschaft zur Prüfung der Vorfälle in Dersim einzuberufen.

Wir fordern die sofortige Einstellung der Türkeihilfe, die im Grunde insgesamt die Massaker am kurdischen Volk unterstützen und das türkische Regime aufrechterhalten.

Wir fordern den Abzug aller Besatzungstruppen von kurdischem Territorium !



Aus: Gerecek 15.10.1994

Protestzug kurdischer Frauen nach Straßburg Menschenrechtskommission mit kurdischer Frage befaßt

"Ich kann nur sagen, für den, der hier verbrecherisch tätig wird, scheint die schlimmste Strafe nicht der Knast zu sein. Vielmehr ist die schlimmste Strafe für ihn: 'Ab in die Heimat!' Das, finde ich, sollten wir auch machen."

(Heinrich Lummer, CDU/CSU, in der Bundestagsdebatte am 10.11.1993 aus Anlaß von Angriffen kurdischer Kommandos auf Einrichtungen des türkischen Staates in Deutschland am 04.11.1993, zitiert in: Marion Werner, Innenansichten eines schmutzigen Krieges. Die Situation der Kurden in der Westtürkei am Beispiel Adana, Frankfurt am Main 1994, Kurdistan aktuell Extra Nr. 2, Hrsg.: medico international)

Unter dem Motto "Für ein freies Kurdistan und gegen den schmutzigen Krieg des türkischen Staates" sollte am Montag, den 26.09.1994, von Mannheim aus ein langer Marsch, organisiert vom Internationalen Frauenzentrum Köln e.V. und YEK-KOM (Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e.V.), zur Europäischen Menschenrechtskommission in Straßburg losgehen. Aus

diesem Grund versammelten sich auf dem Mannheimer Paradeplatz (dem Auftaktort) gegen 11 Uhr rund 400 kurdische Frauen.

Dieser Marsch war bereits seit Wochen angemeldet, und Frauen machten sich teilweise schon am Abend vorher aus zahlreichen Städten auf den Weg. Kurzfristig war jedoch die Auftaktkundgebung gerichtlich verboten worden, was den

Anwesenden vorher nicht mehr hatte mitgeteilt werden können. Sie sahen sich einem riesigen Polizeiaufgebot gegenüber.

Als sie gegen 13 Uhr aufbrechen wollten, kam es zum Angriff der Polizei, gegen den sich die Frauen durch Bilden von Ketten zu wehren versuchten. Wasserwerfer, Schlagstöcke und Polizeihunde wurden eingesetzt, um die Frauen auseinanderzureißen. Dabei wurden mehrere Frauen z.T. schwer verletzt, darunter auch Schwangere, von denen eine eine Fehlgeburt erlitt. Laut Pressemitteilung von YEK-KOM und TAJK (= Freie Frauenbewegung Kurdistans) wurden über 330 Personen (200 Frauen und 130 Männer) festgenommen.

In den meisten Medien wurde die von den Polizeikräften ausgehende Gewalt den Demonstrierenden angelastet und so schon für eine Anheizung der Stimmung gesorgt, unter anderem mit der frei erfundenen Behauptung, die Frauen hätten mit Molotowcocktails geworfen. Auch von "Selbstverbrennungsversuchen" war in den Medien die Rede, angeblich war auch Benzin dafür zur Stelle. Menschen aus Kurdistan stellen eben ein "dankbares Objekt" für das Verbreiten von Gerüchten dar.

Eine Abordnung kurdischer Frauen versuchte nun am 27.09., im Rathaus der Stadt Mannheim die Erlaubnis für den Zug zu erlangen. Die Frauen wurden aber nicht angehört, sondern sahen sich erneut einem großen Polizeiaufgebot gegenüber. Aus Protest setzten sie sich nun auf den Boden. Diesmal eskalierte die Situation, als ein kurdischer Jugendlicher durchdrehte. Das war für Medien und Polizei ein "gefundenes Fressen". Das Fernsehen zeigte immer wieder einen kurdischen Jugendlichen, der einem der Polizisten die Waffe entwendet. Bei dem Handgemenge darum schießt er einem anderen Demonstranten ins Bein. Es hieß, er habe einen Polizisten erschießen wollen. So etwas sollte dem deutschen Medienkonsumenten ins Bewußtsein gehämmert werden, nicht aber, worum es ging, und schon gar nichts über den Zusammenhang von Ursache und Wirkung.

Berittene Polizei mit Hunden drang erneut auf die Frauen ein, 150 Personen wurden festgenommen. Rund 100 Frauen drangen daraufhin ins Rathaus ein, wurden dann aber auch festgenommen (Pressemitteilung des Kurdistan-Informationsbüros KIB), laut Frankfurter Rundschau wurden 294 Personen festgenommen, am 28.09. allerdings wieder bis auf 5 auf freien Fuß gesetzt. Gegen die meisten von ihnen sei Anzeige wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz erstattet worden.

Tags darauf war plötzlich von einem Kompromiß die Rede. Einer Abordnung von 200 Frauen

wurde gestattet, nach Straßburg zu ziehen. Aber auch dieser Zug wurde bei Offenburg von Polizei mit Hundestaffeln überfallen, um den Frauen die mitgeführten Transparente gegen den Krieg in Kurdistan zu entreißen.

Von Volksverhetzung gegen die Türken in Deutschland war nun die Rede. Dabei war die ganze Aktion klar gegen den türkischen Staat gerichtet, nicht gegen das türkische Volk. Die CDU/CSU versuchte in ihrer sattnam bekannten Art, eine hysterische Schmierkomödie für den Wahlkampf daraus zu machen, um der SPD weitere Zugeständnisse in Richtung Einschränkungen von noch bestehenden Asylrechten abzuluchsen, und zwar im Sinne der oben zitierten Äußerung des ehemaligen Berliner Innensensors Lummer. (Wenn von seiten der Bonner Regierung Wörter wie "verbrecherisch" in den Mund genommen werden, muß man sehr genau hinsehen, ob das nicht wieder in verbrecherischer Absicht geschieht.)

Wieder einen Tag später konnte man lesen, diese Abordnung sei von der französischen Polizei nicht ins Land gelassen worden, weil die Frauen keine Visa besaßen, Frankreich verlange von einreisenden türkischen Staatsbürgern Visa. (Im vereinigten Europa sollen doch die zwischenstaatlichen Grenzen der Mitgliedsstaaten gefallen sein ...) 70 Frauen, die ein solches Visum besaßen, durften schließlich die Grenze überschreiten.

Inzwischen - am 18. und 19. Oktober - ist erstmals seit Bestehen dieses europäischen Gerichtshofes die kurdische Frage zur Anhörung gelangt und damit der türkische Staat auf die Anklagebank geraten; von rund 250 dokumentierten Fällen sind 4 Fälle exemplarisch ausgewählt worden, und zwar wegen folgender Anschuldigungen:

- a) Zerstörung eines Dorfes und Vernichtung von Nutztieren (Kläger: Hüseyin Akdivar);
- b) extralegale Hinrichtung von drei Familienangehörigen der kurdischen Kläger (Kläger: Zülfi Akkum u.a.);
- c) Folter im Polizeigewahrsam und lange Dauer der Inhaftierung ohne richterliche Vorführung (Kläger: Zeki Aksoy);
- d) Zerstörung ziviler Häuser und Tod von minderjährigen Bewohnern in Folge (Kläger: Ramazan Cagirge).

Angestrengt worden sind die Verfahren durch medico international und Europäisches Menschenrechtsprojekt Kurdistan.

Anschauungsmaterial für die Begründung dieser Anklagen können die Richter zur Zeit massenhaft finden: in Dersim. Laut der türkischen Zeitung CUMHURIYET vom 11.10.94 erklärte der

türkische Menschenrechtsminister Köylüoglu nach einem Besuch der Provinz Tunceli (kurdisch: Dersim):

"Die Provinz Tunceli ist ein Zentrum des Terrorismus geworden. Der Terror dort wird vom Staat begangen, in anderen Gebieten von der PKK."

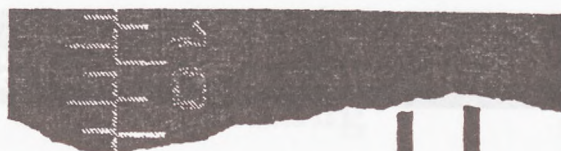
(Zitiert nach: taz, 12.10.94)

Ein sozialdemokratischer Minister der türkischen Regierung hat gesprochen, der grundsätzlich nichts gegen den "Spezialkrieg" gegen sein Volk (er selbst ist Kurde) hat. Aber in Dersim sprechen ja viele Kurden auch türkisch, sind also (wenn sie nicht zur PKK gehören) nach kemalistischer Logik "Menschen". Nun auf einmal erlangte das Morden, Zerstören und Verbrennen, das seit Jahren in Nordkurdistan von den "Sicherheitskräften" des türkischen Staates vorgenommen wird, plötzlich ein großes öffentliches Interesse.

Nun hat sich auch die UNO erstmals seit ihrem Bestehen mit der Kurdistanfrage befaßt, wenn auch ohne Ergebnis. Das hatte sie letztes Jahr noch nicht, als eine Zeitung - ÖZGÜR GÜNDEM - deswegen beschlagnahmt und zahlreiche ihrer Redakteure inhaftiert worden waren, weil sie den Text der UNO-Menschenrechts-Charta dokumentiert hatte.

Sorgen wir dafür, daß das öffentliche Interesse erhalten bleibt!

KD



Ché Coolala
Ché Coolala

LIVE-MUSIK-PROGRAMM • KNEIPE • RESTAURANT • DISCO • BIERGARTEN

ab 20.00 Uhr geöffnet

Heyden-Rynsch-Straße 2 • 4600 Dortmund 1
Tel.: 02 31 / 17 81 45 • Fax: 02 31 / 17 83 47

Anzeige



Politik der Verbrannten Erde in Dersim, aus: Özgüz Ülke

Kurdische Frauendelegation ist in Deutschland

Zeynep Baran wurde verhaftet

Auf Einladung der Frauenmensenrechtsorganisation TERRE DES FEMMES sollte sich Frau Zeynep Baran in der Zeit von Oktober bis Dezember 1994 in Deutschland aufhalten, um über Frauen- und Menschenrechtsverletzungen an Kurdinnen zu berichten. Ihr Besuch wurde in Kooperation von TERRE DES FEMMES mit dem IHD (Menschenrechtsverein) Istanbul geplant.

Frau Baran wollte am 14.10.94 von Istanbul aus nach Deutschland/Flughafen Düsseldorf ausreisen.

Sie ist Vorstandsmitfrau des Menschenrechtsvereins IHD in Istanbul und Gründungsmitfrau des im Dezember 1993 verbotenen kurdischen Frauenvereins UDKD. Ihr Visum wurde vom deutschen Konsulat in Istanbul für die Zeit vom 6. Oktober bis 6. Dezember '94 bewilligt.

Am Freitag, den 14.10., wurde Zeynep Baran gegen 15h am Atatürk-Flughafen/Istanbul verhaftet und anschließend zum Polizeipräsidium/Antiterrorabteilung nach Gayretepe gebracht. Gayretepe ist das berüchtigte Foltergefängnis von Istanbul.

Während des Verhörs im Polizeipräsidium Gayretepe wurden Frau Baran die Augen verbunden und sie nach Sinn und Zweck ihrer Reise befragt. Zusätzlich wurde sie sexistisch beleidigt ("oruspu" = Hure; "sie wolle es den deutschen Frauen gleichtun..."; ebenso: der Menschenrechtsverein sei ein verlängerter Arm der PKK, sie seien alle Kommunisten usw.). Sämtliche Unterlagen, die Zeynep Baran mit sich führte (Redebeiträge, IHD-Papiere, auch Informationspapiere von TdF) wurden beschlagnahmt und nicht wieder zurückgegeben. Weitere Fragen an sie richteten sich über den Verbleib anderer kurdischer Frauen, die ebenso von TERRE DES FEMMES eingeladen worden waren, deren Visa jedoch im Vorfeld vom deutschen Konsulat in Istanbul nicht bewilligt wurden. Diese Frauen müssen sich derzeit in Sicherheit bringen.

In der Zeit vom 14.10. bis 15.10.94 befand sich Frau Baran im Polizeigefängnis Gayretepe. Am 15.10. wurde sie gegen 13h freigelassen.

Zeynep Baran gab an, daß die Telefone des IHD in der Türkei abgehört worden sein müssen sowie daß direkte Kontakte zwischen dem deutschen Konsulat und der türkischen Polizei hinsichtlich der von TERRE DES FEMMES ausgesprochenen Einladungen bestanden haben müssen.

Seit ihrer Verhaftung am Flughafen in Istanbul befindet sich im Reisepaß von Zeynep Baran ein Stempel über die verhinderte Ausreise vom 14.10.94. Spätestens bei ihrer Rückreise in die Türkei wird dieser Stempel im Paß zum Anlaß weiterer Verhaftungen und Verhöre werden können. Daher müssen Frau Barans Anwälte vor ihrer Rückreise benachrichtigt werden, damit sie (tagsüber und nicht an einem Wochenende) am Flughafen warten können, um bei einer erneuten Verhaftung sofort tätig werden zu können. Ebenso darf Frau Baran nicht unbegleitet in die Türkei zurückreisen und wird daher von der TERRE DES FEMMES Türkei-Kurdistan-Koordination auf ihrem Rückflug begleitet.

Auch am 18.10.94 wurde Frau Baran bei ihrer Ausreise am Flughafen Istanbul erneut behindert. Grund dafür war der Stempel in ihrem Reisepaß. Ihre Taschen wurden von neuem durchsucht. Letztlich konnte sie aber doch gegen 18h das Flugzeug Richtung Düsseldorf nehmen.

Derzeit befindet sich Zeynep Baran in Begleitung einer weiteren Kurdin auf ihrer Delegationsreise durch Deutschland.

Frauenredaktion / TdF-Korrespondenz

Stationen und Termine im Rhein-/Ruhrgebiet:

- 3.11.94 Düsseldorf, Haus der Kirche, Bastionstr. 6, 18h / Veranstaltung mit dem Demokratischen Türkei-Forum
- 5.11.94 Duisburg, Internationales Zentrum, Niederichstr., 16h / Veranstaltung mit Hevra & Vian
- 8.11.94 Dortmund, Universität, 16 oder 18h / Veranstaltung mit AStA und Frauenrat
- 25.11.94 Recklinghausen, Ort und Zeit werden noch bekanntgegeben / Veranstaltung mit dem AFB und dem TdF-Projekt "Ruhr-Koordination"
- ab 28.11.94 Veranstaltungen in Bochum

Die "Politik" der verbrannten Erde - nicht neu in der Geschichte der Unterdrückung

*Du wirst fragen: Und wo ist der Flieder?
Und die Metaphysik, von Mohn zugedeckt?
Und der Regen, der oft die Trommel
seiner Worte schlägt und füllt
mit Leere und Vögeln?*

*Kommt, seht das Blut in den Straßen,
kommt, seht das Blut in den Straßen,
kommt, seht das Blut
in den Straßen.*

Pablo Neruda

Zitiert in: "Menschenrechtsverletzungen in Nordwestkurdistan 1993. Nach den Berichten der Menschenrechtsvereine IHD", Hrsg.: medico international (Frankfurt am Main) und Heyva sor a Kurdistan (Kasbach-Ohlenberg)

Eine Erinnerung

Wir Deutschen kennen aus unserer eigenen Geschichte ein Beispiel für die "Taktik der verbrannten Erde". Diese wurde auf die im Zuge der "Operation Barbarossa" eroberten Gebiete der Sowjetunion angewandt, denn im Unterschied zu den Feldzügen der Nazi-Armeen in Westeuropa ging es im Osten um Schaffung von "Lebensraum" für das deutsche Volk; weichen sollten dafür die "Untermenschen" der "Ostvölker": Alles, was nicht niet- und nagelfest im eroberten Gebiet war, wurde ohne Rücksicht auf die Lebensbedürfnisse der Bevölkerung "ins Reich" abtransportiert, die Menschen in "rassisch brauchbare" und "rassisch minderwertige" eingestuft, letztere massenweise erschossen, erstere vielfach als Arbeitsklaven ins Reich deportiert.

Die Weltöffentlichkeit war über dieses Vorgehen - wenn es zuweilen in stärkerer Massiertheit wie etwa bei den tagelangen **Massenerschießungen** jüdischer Menschen aus dem **Wilnaer Ghetto** 1941 sichtbar wurde - entsetzt (die

Massenerschießungen von **Babij Jar** wurden erst nach dem Kriege bekannt).

Um künftig solche "Angriffsflächen" nicht mehr zu bieten, wurden danach die Menschen, die vernichtet werden sollten, in Todeslager verbracht, die nach außen durch Militär hermetisch abgeschirmt wurden und von deren "Arbeit" lange nichts nach außen drang. Bei gefangenen Soldaten der Roten Armee wurden die Volkskommissare aussortiert und durch Genickschuß erledigt, denn hier war den Generalen der Wehrmacht jegliche Kameradschaft untersagt, da es sich um einen "Weltanschauungskrieg" gegen einen "den Volkskörper zersetzenden Geist" des "jüdischen Bolschewismus" handle, bei dem Kommunisten von vornherein "als Verbrecher behandelt" werden mußten. Mittels entsprechender Propaganda wurde selbst auf die Reihen der der Wehrmacht im Kampf gegenüberstehenden Roten Armee in diesem Sinne eingewirkt, und so mancher Volkskommissar wurde von den eigenen Soldaten umgebracht, da diese nicht gegen ihre "deutschen Klassenbrüder" kämpfen

wollten. Für die Tätigkeit von Partisanen hinter der Front wurde die Bevölkerung der betroffenen Gebiete "zur Rechenschaft gezogen" - mit massenweisem Mord an Frauen, Greisen und Kindern und Niederbrennen ganzer Ortschaften. Dieser "Aufräumarbeit" fielen rund 20 Millionen sowjetische Menschen zum Opfer.

Das Programm, das faktisch in Ergänzung zur "Lebensraumgewinnung im Osten" ablief, aber auch viele Menschen in Westeuropa erfaßte, die in "Umsiedlerzügen" in die Todeslager im Osten abtransportiert wurden, nannte man "**Endlösung der Judenfrage**". Diesem Programm fielen über 5 Millionen Menschen zum Opfer. Eine Rechtfertigung für ihre systematische Ermordung (sie findet sich beispielsweise in den Erinnerungen des Auschwitz-Kommandanten Rudolf Höß) lautete: Sie seien Feinde des deutschen Volkes, die nicht auch noch auf dessen Kosten ernährt werden dürften, da dann das deutsche Volk selbst in seinem Kampf auf Leben und Tod nicht genug zu essen habe.

(Heute würde man sagen: "Das Boot ist voll.")

In einem seiner **Tischgespräche** (am 22.08.1939, also noch vor dem Kriegsbeginn gegen Polen) wischte **Hitler** Bedenken, daß durch die dabei beabsichtigte **Dezimierung** der polnischen Bevölkerung der Name Deutschlands in der Welt schwer belastet werden könne, mit dem Hinweis vom Tisch, daß nach einem Sieg Deutschlands kein Huhn und kein Hahn mehr danach krähen werde. Er erinnerte dabei an den **Völkermord an den Armeniern** durch das **Osmanische Reich** zu Beginn dieses Jahrhunderts, dem allein **1914/1915** weit über eine Million Menschen zum Opfer

In deutschen Medien las bzw. hörte man über beide Aktionen damals so gut wie nichts.

Warum wird daran erinnert?

Auch bei der von der türkischen Ministerpräsidentin Tansu Çiller verantworteten und Stück für Stück in die Tat umgesetzten "Endlösung der Kurdenfrage" handelt es sich um eine sorgfältig geplante und ausschließlich militärische Radikallösung, der ein ganzes Volk geopfert wird - wenn dem nicht entschieden Einhalt geboten wird.

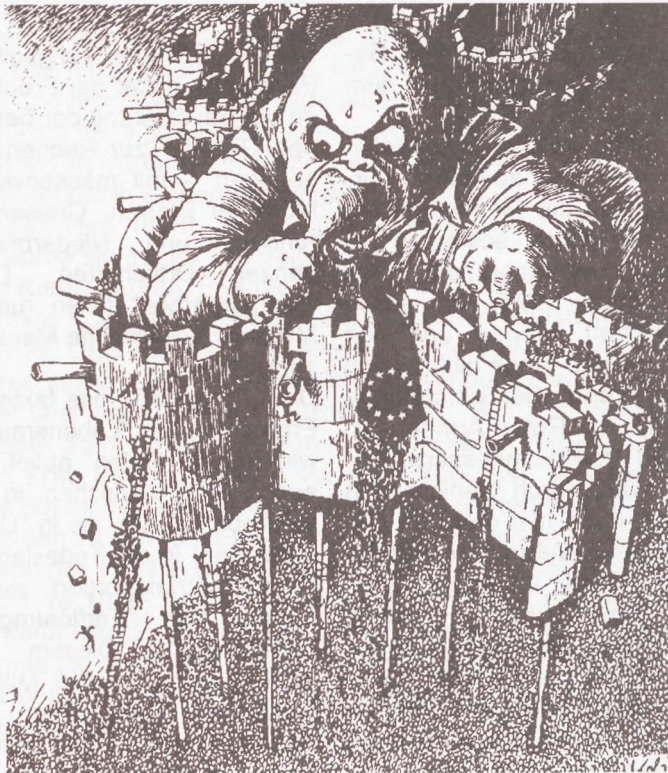
Im "**Güneydoğu Olağanüstü Hal Bölgesi**" (Ausnahmestandsgebiet Südost), wie der türkisch besetzte Teil Kurdistans seit Jahren amt-

vernichteten Ortschaften reicht an die 2000 heran, Millionen von Menschen befinden sich auf der Flucht, viele von ihnen werden den Winter nicht überleben, zigtausend Menschen wurden bereits in den vergangenen Jahren umgebracht.

Begründet wird dies heute damit, daß man "PKK-Terroristen" vernichten müsse, doch in Wahrheit ist die PKK nicht die Ursache, sondern ein Produkt der Gegenwehr des kurdischen Volkes, denn die Vernichtungsstrategie ist älter.

Eine von der IHD-Zweigstelle Diyarbakir für 1993 gezogene Bilanz lautet:

PKK-Guerilla: 607 Tote, 76 Verletzte; Staatskräfte: 2726 Tote, 599 Verletzte; Zivilisten durch Staatskräfte: 633 Tote, 431 Verletzte; Zivilisten durch PKK: 174 Tote, 85 Verletzte; Angriffe der Konterguerilla: 460 Angriffe, 486 Tote, 224 Verletzte; Zerstörung und Entvölkerung von Dörfern (1990-1993): 923 Dörfer.



fielen (Hitler: "Wer redet heute noch von der Vernichtung der Armenier?"). Die systematische Vorgehensweise dabei und vor allem die "Vernichtung durch Arbeit" bezeichnete er als auch für das Vorgehen gegen "slawische Untermenschen" vorbildlich.

lich heißt, soll wahrgemacht werden, was der Kemalismus stets behauptet hat: daß es auf türkischem Boden keine Kurden gebe.

Darum wird gemordet, gebrannt und zerstört, was es in diesem seit eh und je unterentwickelt gehaltenen Raum an Lebensmöglichkeiten für die Bevölkerung noch gibt. Die Zahl der

Die Zweigstelle Diyarbakir des IHD (= Menschenrechtsverein) ist insbesondere für die Regionen Diyarbakir, Lice und Kulp zuständig, wertet aber auch Berichte darüber hinaus aus. Ihre Zahlen spiegeln auch die militärische Lage 1993 in diesem Gebiet wider, insbesondere die Tatsache, daß die kurdische Guerilla von der türkischen Armee nicht zu schlagen, aber auch nicht in der Lage ist, die kurdische Bevölkerung vor den systematischen Vernichtungsaktionen wirksam zu schützen. (Daraus ergeben sich ihre wiederholten Waffenstillstandsangebote an den türkischen Staat, die dieser bisher stets mißachtet hat.)

Der IHD hat, über das gesamte Territorium der Türkei verteilt, zur Zeit 54 Zweigbüros mit zusammen etwa 19.000 Mitgliedern. Hauptsitz ist Ankara. Viele dieser Büros wurden wegen der

Aufklärungsarbeit des Vereins gewaltsam geschlossen, zeitweilig auch Diyarbakir.

Für die gesamte Türkei ist dem IHD allein für den Zeitraum Januar bis August 1994 die Vernichtung von 1284 Dörfern bekannt geworden.

Die vom IHD zusammengestellten namentlichen Listen, die notwendigerweise unvollständig bleiben müssen, sind das Ergebnis sorgfältiger und für die Autoren selbst häufig gefährlicher Recherche; von denen, die daran teilgenommen haben, sind etliche zu dem Zeitpunkt, wo ihre Ergebnisse veröffentlicht werden, bereits tot.

Die obigen Zahlen geben nur einen Bruchteil dessen wieder, was heute in Kurdistan Alltag ist.

Jetzt also ist Dersim an der Reihe ...

Seit Ende Juli sind allein in dem Dreieck Dersim, Bingöl und Erzincan um die Städte Nazimiye, Ovacik, Pülümür und Hozat herum mehr als 120 Dörfer in Brand gesteckt worden (eine Zahl, die sicher längst Makulatur ist, wenn diese Zeitschrift gedruckt wird); während dieser Artikel geschrieben wird (Mitte Oktober), brennen die Ortschaften Kil und Düzgünbaba. Die Wälder Kurdistans gehen in Flammen auf.

Im Gebiet zwischen Hani und Genc wurden 2500 Menschen zusammengetrieben und unmittelbar vor der Militärkaserne Lavboyu eine Woche lang in einem provisorischen Sammellager festgehalten, in dem es praktisch an allem fehlte. Folterknechte setzten Kinder nackt in glühend heißen Sand und warfen sie dann in kaltes Wasser. Frauen wurden bis zur Bewußtlosigkeit ins Wasser getaucht, geschlagen und sexuell mißbraucht. Auch die Bastonade und andere Methoden, die Menschen zu quälen, finden Anwendung.

Häufig mußten die dorthin zusammengetriebenen Menschen selbst mitansehen, wie ihr Hab und Gut in Flammen aufging und wie dieses Zerstörungsgeschäft von Hubschraubern aus mit Videokameras festgehalten wurde, ihnen wurde z.T. unter massiven Drohungen eingebleut, zu erklären, das habe die PKK gemacht.

Diese Version übernahm auch die Ministerpräsidentin Çiller, die noch kurz vorher bestritten hatte, daß überhaupt Dörfer in Brand gesetzt worden seien. Über die Tatsache, daß die Brände durch von Flugzeugen abgeworfene Brandbomben entstanden sind und daß die PKK über keine Flugzeuge verfügt, geht sie großzügig hinweg. Ebenso darüber, daß eine Abordnung der rund 2500 Bauern

aus der Umgebung von Ovacik, die vor dem Brand in der Stadt Zuflucht gesucht hatten, den sozialdemokratischen Minister für Menschenrechte, Azimet Köylüoglu, aufgesucht und dieser sich vor Ort von dem wahren Sachverhalt überzeugt hatte.

Auf einen Einwohner dieser Region kommen heute vier Soldaten, ihre Offiziere gehören meist zu den Sondereinheiten und schlagen die Soldaten, die angesichts dessen, was um sie her geschieht, weinen und sich weigern, bei diesem Zerstörungsgeschäft mitzumachen; viele der Offiziere - und häufig diejenigen, die sich bei dem Mordgeschäft besonders hervortun - gehören der Partei der Nationalen Bewegung (MHP, ordnung der rund 2500 Bauern hierzulande besser bekannt

Anzeige

Aus der Türkei

Aus Türkei-Kurdistan

Aus der BRD

Tatsachen

Zeitschrift der Föderation der Demokratischen Arbeitervereine aus der Türkei in der BRD e.V. (DIDF)

2monatige Zeitschrift der Föderation der Demokratischen Arbeitervereine a.d. Türkei i.d. BRD e.V. (DIDF)

Beiträge zu den Themen

- AusländerInnenfeindlichkeit, Rassismus und Faschismus
- Probleme der Antifa-Arbeit
- Berichte und Analysen über die Entwicklung in der Türkei und Kurdistan
- aus den Gefängnissen in der Türkei und Türkei-Kurdistan
- kulturelle Aktivitäten
- Internationale Solidarität

Einzelpreis: DM 2,50 + Porto

Abonnenntenbedingungen:

10 Nummern 20,- DM + Porto

20 Nummern 40,- DM + Porto

Zu bestellen bei:

DIDF

Jägerstr. 77

47166 Duisburg

unter der Bezeichnung "Graue Wölfe") des Obersten Alparslan Türkeş an, die sich anschickt, jetzt auch offiziell der Koalitionspartner der Partei des Gerechten Weges (DYP) des Staatspräsidenten Süleyman Demirel und der Ministerpräsidentin Tansu Çiller zu werden (inoffiziell ist sie es längst, während der offizielle Koalitionspartner, die Sozialdemokratische Volkspartei SHP, nur mehr eine Statistenrolle spielt). Überall in der Region Dersim sind Straßensperren errichtet, Lebensmittel werden rationiert und sind nur noch auf Lebens-

Kleidung, verlassen, ob sie Unterkunft finden, kümmert das Militär nicht. Zugleich wird Dersim systematisch von der Außenwelt abgeschnitten, Journalisten wird jeglicher Zutritt verwehrt.

Die Menschen, deren Dörfer jetzt brennen und deren Viehbestände durch das Militär beschlagnahmt werden und die so auf das nackte Überleben herabgedrückt werden (in zahlreichen Gegenden Kurdistans verbreiten Kadaver von systematisch mit Kalaschnikows und anderen Waffen getöteten Tieren Seuchengefahr und Gestank),

Damals wurde ihr Siedlungsgebiet angeblich gebraucht, weil die Türkei zu wenig Wald habe und dort aufgeforstet werden solle. Nun werden mit der Begründung, dort versteckte Gruppen der PKK mitzubrennen, auch die Wälder in Brand gesetzt und den Menschen auch damit offen und ungeniert vor Augen geführt, daß man sie zum Narren gehalten hat. Daß sie selbst von denen, die hier das Sagen haben, für überflüssig gehalten werden. Daß diesen ihre Existenz einfach lästig ist.

Die Erinnerung an das Massaker von 1938 wird angesichts all dessen bei den Menschen wieder lebendig. Angst macht sich breit.

Und Deutschland?

Die deutsche Regierung hat der Türkei weitere Waffenlieferungen zugesagt: Bis Ende nächsten Jahres sollen insgesamt 1500 Kampfpanzer, 3000 Panzerhaubitzen und Raketenwerfer, 2700 Schützenpanzer, 334 Kampfflugzeuge und 11 Fregatten an den NATO-Partner Türkei geliefert sein (Zusammenstellung laut TATSACHEN, Zeitung von DIDF, Nr. 19, Oktober/November 1994). Von dem letzten Waffendeal über 1,5 Milliarden Mark stehen noch etwa 20 % aus. Darüber hinaus werden von privaten Firmen als "zivile" Fahrzeuge an das türkische Verteidigungsministerium 115 Sattelzugmaschinen für Panzer-Transporter (allein dieses Geschäft soll vom Bund mit rund 47,1 Millionen Mark Hermesbürgschaft abgesichert werden) und zehn Mehrzweckhubschrauber vom Typ BK 117, angefordert durch das türkische Gesundheitsministerium, geliefert (Hermesbürgschaft über 73,6 Millionen Mark). Noch vor der Bundestagswahl hatte sich Bundeswirtschaftsminister Rexrodt (FDP) für eine Angleichung



mittelkarten erhältlich, eine Freizügigkeit der Menschen gibt es nicht mehr, die Menschen müssen die Dörfer, die vom Militär zur Vernichtung bestimmt werden, von einem auf den anderen Tag nur mit Handgepäck, häufig ohne wärmende

erleben dergleichen oft nicht zum erstenmal. Noch unter der ANAP-Regierung von Turgut Özal - nicht einmal fünf Jahre ist es her - sind viele aus anderen Dörfern gerade dorthin zwangsumgesiedelt worden, von wo sie jetzt erneut vertrieben wurden.

der deutschen Rüstungskontrollbestimmungen an die Europäische Union starkgemacht, auf gut deutsch: für eine Aufhebung der insbesondere seit dem Irakgeschäft bestehenden Beschränkungen. Die neue Export-Offensive Deutschlands, von der jetzt wieder die Rede ist, basiert in erster Linie auf dem lukrativen Rüstungsgeschäft.

Todesschwadronen und "Dorfschützer" sind mit Kalaschnikows aus Deutschland und mit in Lizenz gefertigten G3-Gewehren (Heckler & Koch) ausgerüstet, deutsche Panzer walzen kurdische Dörfer und Städte nieder, deutsche Kampfflugzeuge und Hubschrauber bringen dem kurdischen Volk den Tod. (Die Waffenlieferungen aus Deutschland und den USA an die Türkei belaufen sich inzwischen auf einen Wert von rund 8 Milliarden Dollar.)

Tatsache ist: Würden die beiden Länder USA und Deutschland dem faschistischen türkischen Regime ihre Unterstützung entziehen, könnte dieses den schmutzigen Krieg nicht länger fortsetzen.

Auch bei Saddam Hussein haben dieses Jahr schon wieder Vertreter der Bonner Regierungsparteien vorgesprochen. Zum Thema im Wahlkampf hat das die SPD-"Opposition" nicht gemacht.

Nicht nur beim Waffenexport, auch in der deutschen Innenpolitik kann sich der türkische Staat auf seinen deutschen Waffenbruder verlassen: Flüchtlinge aus Kurdistan sehen sich einer verschärften Asylgesetzgebung gegenüber, werden hier unter entwürdigenden Bedingungen in Sammellagern festgehalten, damit man für Sammelabschiebungen jederzeit den Zugriff auf sie hat.

Abschiebung in ihre Heimat ist vielfach nicht mehr möglich, weil es diese inzwischen nicht mehr gibt; als "Lösung" dieses Problems wird die Behauptung von

der "innerstaatlichen Fluchtalternative" aufgestellt: Kurden, die in den Westen der Türkei abgeschoben werden, würden dort nicht verfolgt. Abgesehen davon, daß damit dem Programm, die Kurden aus Kurdistan zu vertreiben, zugearbeitet wird, ist diese Behauptung auch noch falsch:

Abschiebung in die Westtürkei hat, falls die Betroffenen nicht bereits am Flughafen festgenommen und "sonderbehandelt" werden, oft Obdachlosigkeit, Arbeitslosigkeit, Sprachprobleme usw. zur Folge; zudem hat es auch in der Westtürkei (etwa in Izmir) schon wiederholt Repressalien, angefangen bei Aufrufen wie: "Türken, kauft nicht bei Kurden!" mit entsprechend brachialer "Überzeugungsarbeit" bis hin zu pogromartigen Ausschreitungen gegen kurdische Stadtteile gegeben, wobei sich insbesondere die "Grauen Wölfe" hervortun.

Natürlich wissen das die deutsche Regierung, das Zirndorfer Bundesamt und die Gerichte nur zu genau. Es ist in zahlreichen Einzelfällen immer wieder zur Sprache gekommen; und es sind ja auch schon etliche abgewiesene Asylsuchende direkt in den Tod oder in ein "Verschwindenlassen" durch die türkische Polizei geschickt worden.

Kurdischer Protest hierzulande wird zudem kriminalisiert, die betroffenen Personen ganz offen mit Auslieferung an ihre Henker bedroht.

Solidaritätsaktionen laufen an

Am Samstag, den 22.10.1994, gab es in zahlreichen deutschen Städten anlässlich des Vorgehens der türkischen Armee in Dersim **Protestdemonstrationen und -kundgebungen**. Diese verliefen teils friedlich (wie z.B. in **Dortmund**, wo sich über 4000 Menschen an der Demonstration beteiligten) teils unfriedlich (wie z.B. in **München**, wo

die Zahl der Demonstrierenden nur etwa 300 gewesen sein soll, von denen 16 Personen vorübergehend festgenommen wurden), was jeweils in erster Linie von dem Verhalten der Polizei vor Ort abhing; wo die Zahl der Demonstrierenden größer war, hielt sich die Polizei auch dann, wenn "verbotene Embleme" mitgeführt wurden, zurück, wo die Zahl kleiner war, schlug die Polizei dagegen zu.

In **Köln** wurde eine Demonstration von der Polizei mit Hinweis auf das "PKK-Verbot" gewaltsam aufgelöst, ungeachtet der Tatsache, daß die Organisatoren (z.B. das Revolutionäre Kurdistan-Komitee) mit der PKK oder einer ihr zugerechneten Organisation nichts zu tun haben, was der Polizei dort auch bestens bekannt ist. Rund 150 Personen wurden festgenommen.

Die Erklärung ist ganz einfach: Die Rolle Deutschland am schmutzigen Krieg in Kurdistan öffentlich zu machen, ist eben im "demokratischen Rechtsstaat" Deutschland unerwünscht.

Die Dortmunder Demonstration (die an einem Tage stattfand, an dem Borussia Dortmund auf eigenem Platz Bayern München empfing und die Polizei daher besonders beansprucht war) war insgesamt recht gut, eine Parole jedoch hat mir nicht gefallen. Der (religiöse) Ruf "Intikam! Intikam!" (= Rache, Rache!) ist ein Ausdruck tiefer innerer Verwundung der Menschen. Allein in Dortmund leben rund 2000 Menschen aus Dersim - Telecom hat an ihnen viel Gewinn gemacht in diesen Tagen, wo sie sich sorgenvoll nach dem Verbleib ihrer Angehörigen erkundigt haben.

Aber der Rachedanke führt politisch in die Irre. Das kann keine Lösung sein. Es ist ein Ausdruck politischer Ohnmacht.

Klaus Dillmann

AntifaZ AUSGABE NR. 50

Ein Blick zurück und einer nach vorn



Dies ist die 50. Ausgabe der AntifaZ - kein Grund für Jubel oder Heiterkeit, eher ein Anlaß zu kritischem Rückblick und ein paar Überlegungen für die Zukunft.

Immerhin seit Mai 1986 erscheint diese antifaschistische Zeitschrift, die anfangs als "Antifaschistischer Nachrichtendienst aus Recklinghausen" herausgegeben wurde. Die damaligen HerausgeberInnen (von denen heute niemand mehr Mitglied der Redaktion ist) schrieben in der ersten Ausgabe:

"Wir (...) haben uns zusammengeschlossen, um regelmäßig über die Aktivitäten der Faschisten in RE und Umgebung zu informieren."

Wie bei zahlreichen ähnlichen kommunalen Projekten lag der Schwerpunkt der Zeitschrift auf der Information, auf der Weitergabe von Nachrichten, die sonst nicht oder kaum in der Tagespresse erwähnt wurden.

Vergleicht man die heutige mit der damaligen Zielsetzung, wird schnell deutlich, daß sich das politische Verständnis der Zeitschrift gewaltig geändert hat, wobei die Weitergabe von Nachrichten zwar kontinuierlich Teil der Zeitschrift war, die Vorstellungen über Aufgaben und Möglichkeiten einer solchen Zeitschrift sich jedoch erheblich verändert haben. Um die grobe Entwicklung dieser Zeitschrift einigermaßen darzustellen, teilen wir die Zeit vom ersten Erscheinen bis heute in zwei Hauptphasen ein:
Erste Phase von 1986 bis März 1992, zweiter Abschnitt von dort bis heute.

Die erste Periode (1986-1992):
AbonentInnen und langjährige LeserInnen der AntifaZ können Heft 29 von Mai-Juni 1991 zum

fünfjährigen "Jubiläum" nachlesen, daß die Zeitschrift auch damals schon große Veränderungen hinter sich hatte. Im damaligen Rückblick wird einigermaßen ausführlich auf die politische Situation in

Deutschland und die Vorstellungen und Auseinandersetzungen der antifaschistischen Bewegung in "Gesamtdeutschland" eingegangen. U.a. schrieben wir:

"Die Jahre zwischen 1987 und 1990 waren in der Antifa-Arbeit sicher stark durch den Kampf geprägt: Gelingt es den Faschisten, offen die bürgerliche Legalität zu erreichen, im Klartext, wie jede "normale" Partei alle bürgerlich-demokratischen Rechte in Anspruch zu nehmen, oder gelingt es den AntifaschistInnen, die Faschisten gesellschaftlich so weit zu isolieren, daß aufgrund des Drucks der demokratischen Öffentlichkeit dieser Staat gezwungen ist, die (noch immer gültigen !) Bestimmungen des Grundgesetzes konsequent



durchzuführen und jegliche faschistische Organisierung zu verbieten."

Liest man diese und weitere Ausführungen heute, muß klar festgestellt werden, daß unser Verständnis von Antifaschismus

Die langjährige rassistische und ausländerfeindliche Kampagne von Staat und regierenden Parteien (und auch der "oppositionellen" SPD) wurde in ihrem Wesen kaum erfaßt und in ihren Auswirkungen völlig unterschätzt.

Somit wurde auch die neue Qualität rechten und faschistischen Terrors, die seit nun mehreren Jahren in Deutschland "alltäglich" geworden ist, nicht frühzeitig erkannt; das Ausmaß sowie die Ursachen und Folgen dieses Terrors lassen sich mit der Einschätzung der faschistischen Organisationen und ihrer Gefährlichkeit kaum in Einklang bringen.

Die sehr viel stärker durchschlagende "Asylpolitik" des Staates und der großen "Volks"parteien und ihre den faschistischen Terror im Grunde erst ermöglichende

Dauerwirkung (seit Jahren wird tagtäglich in irgendeiner Stellungnahme gegen "Scheinasylanten", gegen "kriminelle" AusländerInnen gehetzt) wurde kaum erfaßt.

Auch die parallel verlaufende große Rechtsentwicklung der Gesamtgesellschaft, die Veränderung der Kräfteverhältnisse zwischen konservativ-restaurativen und demokratisch-fortschrittlichen Kräften wurde selten oder nicht gründlich genug reflektiert.

Ansätze zu einer realistischen Sicht der Verhältnisse werden deutlich, wenn zum fünfjährigen Erscheinen in der AntifaZ stand:

"Diese Entwicklung ist sicher nicht nur durch die subjektive Schwäche und die Fehler der Antifa-Bewegung zu erklären, sondern auch durch die aufgrund der internationalen Entwicklung entstandene Situation in der BRD und der DDR, die zu der historisch mehr als günstigen Chance

für den westdeutschen Staat führte, den Anschluß der DDR nach der Manier von Clausewitz durchzuziehen. Im Zuge des entstehenden großdeutschen Nationalismus hatte eine Verbreiterung der Antifa-Bewegung zumindest objektiv nicht allzu große Chancen.

Und auch das ist nur ein Teil "der Wahrheit".

Den es war auch nicht ganz richtig, von einem erst nach dem "Anschluß" entstehenden "großdeutschen Nationalismus" zu sprechen, den hatte es vorher auch schon gegeben (nur hatten wir ihn kaum zur Kenntnis genommen), auch wenn er sicher von da an eine Potenzierung erfuhr.

Und, was im Zuge der Diskussionen (die durchaus sehr kontrovers zwischen allen Formen von BefürworterInnen und strikten AblehnerInnen der "Vereinigung" geführt wurden) um die "Wiedervereinigung" ebenfalls sehr deutlich wurde: Keine/r in der Redaktion, aber mit einiger Sicherheit auch sonst keine/r im Lande hatte sich in den Jahren vorher mit den heranreifenden Veränderungen in der UdSSR und in der DDR gründlich auseinandergesetzt.

Die "Wiedervereinigung" kam für alle mehr als überraschend, und sie führte in der Antifa-



sich von damals bis heute doch um einiges gewandelt hat.

Wichtigster Punkt ist der in den Redaktionsdiskussionen immer deutlicher werdende Standpunkt, daß Entwicklung der Faschisten und Entwicklung in der Gesamtgesellschaft aufs engste verknüpft sind. Diese "Einsicht" war zwar auch damals schon ansatzweise vorhanden, aber stark durch ein abstraktes und oft aus theoretischen Positionen der "traditionellen" Antifa-Organisationen (wie VVN-BdA u.a.) gespeist.

Insbesondere die theoretische Vorstellung, daß die antifaschistische Arbeit versuchen muß, sämtliche demokratische Kräfte gegen den aufkommenden Neofaschismus zusammenzuführen und das Verbot aller faschistischen Organisationen als ihre originäre Aufgabe betrachtet, war Ausdruck dieser Position.

Hierbei wurde wenig oder gar nicht die Entwicklung in Staat, Regierung, Wirtschaft und Politik der Regierenden gesehen.



Bewegung, aber nicht nur dort, zu einer ganzen Reihe von Irritationen, die auch heute noch vorhanden sind.

Wir, die damalige AntifaZ-Redaktion, waren auch damals ziemlich schnell "bereit", optimistische Perspektiven für eine neue, "gesamtdeutsche" Antifa-Bewegung zu diskutieren, und auch diese Diskussionen wären von einigen Illusionen geprägt. So schrieben wir z.B.:

"Von Beginn an hat sich die Zeitschrift in die 'Deutschland'-Entwicklung eingeschaltet und Partei ergriffen: Immer gegen die Politik des deutschen Imperialismus, nachdem der Anschluß dann historische Tatsache war, hat sich die Zeitschrift von Anfang an bemüht, Kontakte zu AntifaschistInnen in der ex-DDR aufzunehmen (diese Bemühungen wurden recht schnell wieder aufgegeben, d.R.), Informationsaustausch zu organisieren und die Zusammenarbeit aufzunehmen."

Stimmt, das haben wir (voller Optimismus) versucht, wobei schon die Vorstellung, daß dies relativ konfliktlos vonstatten gehen werde, eine Illusion war. Wenn diese häufigen Irrtümer etwas bewirkt haben (und wir sind da gar nicht sicher), dann dies: mit Einschätzungen und Analysen über Gesamtentwicklungen und Perspektiven vorsichtiger und nüchterner umzugehen.

Doch trotz dieser oft illusionären Einschätzungen meinen wir, daß die Zielsetzung im groben richtig war, wenn wir in dieser "Jubiläumsausgabe" zum fünf-ten Erscheinungsjahr schrieben: "Wir haben den sehnlichsten Wunsch, die Zusammenarbeit insbesondere mit den anderen überregional arbeitenden Antifa-Publikationen aufzunehmen und auszubauen, (...). Die Organisation eines ersten Bundestreffens der antifaschistischen Publikationen aus der BRD und

der ex-DDR Ende dieses oder Anfang nächsten Jahres: wir würden uns freuen, wenn dieser Plan Wirklichkeit würde."

Tatsache ist, daß davon nichts "Wirklichkeit" wurde, und mit dem "Planen" hatte es sich auch so.

Inzwischen haben zwar bundesweite Antifa-Treffen und auch einige Treffen von einer Reihe bundesweit erscheinender Antifa-Publikationen stattgefunden,



den, aber von einer "gesamtdeutschen" Antifa-Arbeit kann nach wie vor nicht gesprochen werden. (Klar, es ist auch hier ein Stück vorangegangen, aber die stärker werdende Auseinanderentwicklung der Gesellschaften in den "alten" und "neuen" Bundesländern ist nicht zu übersehen. Hierzu noch einige Überlegungen im letzten Teil, wo über "die Zukunft" nachgedacht wird)

Auffallend in dieser Phase (vor und nach der "Wende") ist, daß die AntifaZ in einer bedeutenden Frage begonnen hat, ihr politisches Profil zu erweitern: Die Artikel, Reportagen und Serien über internationale Entwicklungen haben sprunghaft zugenommen.

So finden wir bspw. von Ausgabe 31 bis 35 eine fünfteilige Artikel-Serie über "Kurdistan und

die Kurden", die im Grunde den Auftakt zu einer regelmäßigen Beschäftigung der Zeitschrift mit dem kurdischen Freiheitskampf bildete.

Weitere Serien über den "Krieg auf dem Balkan" (Ausgabe 38 bis 41) und über Mexiko (Ausgabe 46 bis 50) folgten.

Diese "Ausweitung" unserer Themen umfaßte auch Gebiete, mit denen die Redaktion sich früher selten oder gar nicht beschäftigt hatte, dazu gehören die Bereiche "Gentechnologie, Bioethik", "Feminismus", aber auch ausführlichere Beschäftigung mit politischen Positionen in der Antifa-Bewegung, z.B. die Artikelserie über "Die Autonomen" (Ausgabe 43 bis 46).

Diese Entwicklungen in unserer Redaktionsdiskussion waren sicher nicht zufällig oder willkürlich, aber erst mit der erweiterten Redaktionskonferenz am 17. Februar 1992 wurde diese Entwicklung systematisch diskutiert und mit Ergebnissen und Zielsetzungen zusammengefaßt. Mit dieser Konferenz setzen wir den Einschnitt zur zweiten Hauptphase unserer bisherigen Entwicklung.

Die zweite Periode (1992 bis heute):

Die Redaktionskonferenz stellte sich als Hauptthema die Frage nach einer "inhaltlichen Neuorientierung".

Folgende Ausführungen aus dem Bericht über die Konferenz in Ausgabe 34 machen die "neuen" Überlegungen deutlich: "Auffallend ist, daß der Kampf gegen faschistische Entwicklungen in der BRD heute untrennbar verbunden ist mit dem Kampf gegen Rassismus und der Zusammenarbeit von deutschen AntifaschistInnen und ausländischen Flüchtlingen/AsylbewerberInnen sowie generell geprägt wird von dem Versuch, gemeinsame politische Ziele von AusländerInnen und Deutschen zu formulieren. Das

verbindende Kettenglied ist nicht mehr einfach der "Internationalismus", wie traditionell die Unterstützung von nationalen Befreiungsbewegungen durch deutsche Menschen genannt wird. Mit der zunehmend offensiveren und nach Weltgeltung strebenden Politik des 'großdeutschen' Imperialismus ist der Zusammenhang zwischen z.B. den Kämpfen der kurdischen und türkischen RevolutionärInnen und den deutschen AntifaschistInnen konkreter geworden.

Auch in der sogenannten 'Flüchtlingspolitik', wie sie von den 'Flüchtlingsräten', kirchlichen Organisationen oder bürgerlich-pazifistischen Vereinigungen betrieben wird, wird häufiger auf die 'Fluchtursachen', gemeint die Ausbeutung der dritten Welt durch die Industriestaaten, auch die BRD, hingewiesen."

Und als Fazit dieser Diskussion wird gesagt:

"Angesichts dieser Entwicklungen scheint uns die Ausrichtung heutiger antifaschistischer Zielsetzungen auf eine durchweg antiimperialistische Grundlegung sinnvoll."

Das zweite Hauptthema war die Verbindung von "Antifaschismus" und "Feminismus".

In vorhergehenden Ausgaben der AntifaZ war schon in mehreren Artikeln, u.a. in der Rubrik "Debatte", über dies Thema diskutiert worden (So die Artikel zum Thema "Freie Liebe", auch das Interview mit der Bochumer Gruppe "Madonna", die sich die politische Interessenvertretung von Prostituierten zum Ziel gesetzt hat).

Die Konferenz kommt zu dem Ergebnis: "Wir stehen in dieser Diskussion erst am Anfang, wenn auch Ansätze von Problemen und Fragestellungen erkennbar werden:

Diskussion um den Kampf gegen Vergewaltiger, gegen staatliche/patriarchale Strukturen,

Erfahrungsaustausch von Frauen aus deutschen antifaschistischen/antipatriarchalischen Strukturen mit kurdischen und türkischen Frauen sind begonnen worden. Diskussionen über Sexismus nicht nur als Machtinstrument 'der Herrschenden', sondern auch in 'linken Zusammenhängen' wurden begonnen und sollen fortgeführt werden." Betrachten wir die Entwicklung bis heute, müssen wir selbstkritisch feststellen, daß die Verbindung von "Antifaschismus" und "Feminismus" bei uns (auch bei anderen) noch immer in den "Kinderschuhen" steckt. Zwar bildete sich in der Redaktion eine "Frauenredaktion", die regel-

Auch hierbei gab es anfangs eine stärkere Beschäftigung der Redaktion mit dieser "komplexen Materie", hierbei bedeutete die Artikelserie "GENormte Menschheit", verfaßt vom Anti Atom Büro Dortmund, eine große Hilfe.

Aber im Lauf der Zeit trat das Thema wieder in der Hintergrund, wurde erst in jüngster Zeit von einem Redaktionsmitglied wieder aufgegriffen, wobei seine Beiträge allerdings bedauerlicherweise den Stand der politischen Debatte innerhalb der Gruppen, die sich seit Jahren mit diesem Thema beschäftigen, kaum berücksichtigten.

So gelten die Sätze, die von der damaligen Redaktionskonferenz als Ziele unserer weiteren Arbeit formuliert wurden, heute noch genauso:

"Auch auf diesem Gebiet wollen wir weiterarbeiten, sind wir doch der Meinung, daß (und dies schon seit geraumer Zeit) die Forschung auf dem Gebiet der Gen- und Reproduktionstechnologien, die philosophisch/ethische Neubegründung eines faschistischen Menschenbildes und die rassistischen 'artgerechten' Vereinigungen eine Klammer zwischen dem 'alten' und 'neuen' Faschismus darstellen."

Neben diesen inhaltlichen Neuorientierungen wurde auf der Konferenz auch über den "Charakter unserer Zeitung" gesprochen, darunter wurde verstanden, an wen sich die AntifaZ richtet, was sie erreichen will (z.B. "reine" Informationstätigkeit oder auch organisierende Kraft in der Antifa-Bewegung, etc.). Die dort getroffenen Feststellungen gelten uneingeschränkt auch heute noch:

"Die AntifaZ soll Forum antifaschistisch-demokratischer Diskussion sein und bleiben. Die Ansätze der Diskussion unterschiedlicher Positionen, z.B. aus grüner, sozialdemokratischer, autonomer oder



mäßige Berichte verfaßt, zwar gibt es eine Zunahme der Berichterstattung über den Kampf gegen Menschenrechtsverletzungen an Frauen, über den Beitrag von Frauen an den Befreiungskämpfen in Kurdistan und der Türkei, aber die vertiefte theoretische Debatte, insbesondere über die Auseinandersetzungen innerhalb der feministischen Bewegung, etwa die Diskussion um den "antipatriarchalischen" Kampf, wurde nicht vorangebracht.

Ähnlich verhält es sich bei dem Thema "Gen- und Reproduktionstechnologien, Bioethik".

sozialistischer Perspektive, soll erhalten und erweitert werden. Die Rubrik Debatte soll noch stärker als bisher für - auch kontroverse - Diskussionen angeboten und genutzt werden. Die Tatsache, daß selbstverständlich auch die Redaktionsmitglieder insgesamt bestimmte, übereinstimmende oder unterschiedliche, Vorstellungen entwickeln, wird sich ebenfalls in der Zeitschrift widerspiegeln. Als Grundsatz bleibt bestehen: Die AntifaZ ist keine Zeitung irgendeiner Partei oder 'Richtung', sondern Sprachrohr aller AntifaschistInnen, sie erstattet regelmäßig Berichte und ist ein Element antifaschistischer Diskussionszusammenhänge in Deutschland."

Diesem letzten Anspruch sind wir nur zum geringen Teil gerecht geworden. Einzig die Auseinandersetzung mit Positionen im autonomen Spektrum, die kritischen Berichte über autonome Aktionsformen (Tag X in Bonn, Demonstration nach dem Solinger Brandanschlag, etc.) erbrachte einige Leserbrief-Redaktionen aus der autonomen Bewegung, ansonsten hielten sich andere antifaschistische Zusammenhänge eher bedeckt, was ihre Bereitschaft zur Auseinandersetzung in der AntifaZ betrifft. Besonders auffallen

in diesem Zusammenhang ist die "Ausrichtung" der ehemals stärksten antifaschistischen Vereinigung, der VVN-BdA. Diese Organisation strebte nach der "Wende" intensiv die Zusammenarbeit mit den Nachfolgeorganisationen der Antifa-Kommissionen der ex-DDR (IVvDn u.a.) an, wurde hierbei inhaltlich und organisatorisch unterstützt durch die inzwischen durch eigene Aktionen nicht mehr in Erscheinung tretende "Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg", dies gesamte Spektrum ist an einer Auseinandersetzung mit "anderen" antifaschistischen Positionen, insbesondere mit denen der Autonomen, überhaupt nicht interessiert und nimmt diese konsequenterweise dann auch gar nicht zur Kenntnis.

Der Trend "Keiner schaut über seinen Tellerrand" ist nach wie vor ziemlich verbreitet. Die AntifaZ hat zwar einige Berührungspunkte mit anderen bundesweit erscheinenden Publikationen (Antifa Info Berlin, Der rechte Rand in Niedersachsen, Atze in Kiel) hergestellt, aber auch die Zusammenarbeit der Antifa-Zeitschriften ist bundesweit nicht viel vorangekommen. Diesen Zustand können wir als einzelne Zeitschrift auch in der kommenden Zeit kaum ändern.

Auch ein weiteres Ziel der Konferenz im Februar 92 haben wir nicht ansatzweise erreicht: Die Verbreitung unserer Zeitschrift ist nicht nennenswert vorangekommen. Zwar haben wir in allen Teilen der Republik einzelne AbonnentInnen, aber die hauptsächlichliche Verbreitung liegt nach wie vor in NRW, daneben relative Verbreitung in einigen Städten (Hamburg,

AntifaZ

Antifaschistische Zeitung



DEUTSCHE
WAFFEN,
DEUTSCHES
GELD...

NEWROZ -
EIN BLUTIGER
FRÜHLING

LEIPZIG.
TATORT:
BAYRISCHER
BAHNHOF

HEFT 35 MAI/JUNI 7. JAHRGANG DM 2,50

Berlin, Marburg). Die Konferenz hatte damals ein ehrgeiziges Ziel formuliert:

"In den nächsten zwei Jahren soll der Versuch unternommen werden, die Zeitschrift, die bisher schwerpunktmäßig in NRW vertrieben wird, in der gesamten BRD zu vertreiben."

Nun, unsere Auflage hat nach wie vor die magische Zahl 1000 nicht überschritten.

Eine für das Ende dieses Jahres geplante Redaktionskonferenz wird sich mit den Fragen der Auflage, des Vertriebs, der Finanzierung und der Gründung eines Vereins "FreundInnen der AntifaZ" beschäftigen und hoffentlich die Weichen für eine Verbesserung der Lage stellen. Zum Schluß noch einige Überlegungen für die Zukunft.

Wie weiter ?

Wir meinen, daß wir inhaltlich eine grobe Orientierung gefunden haben, an der wir festhalten wollen. Um diese Aufgaben aber angemessen zu erfüllen, wird eine personelle Erweiterung der Redaktion unabdingbar sein. Allein die Tatsache, daß zwei Redaktionsmitglieder vor etwa einem Jahr aus Studiengründen aus der Arbeit ausgeschieden, hat für unsere Arbeit eine Zerreißprobe bedeutet.



DIE POLITISCHE POLIZEI

Ursprünglich sollte es in der Bundesrepublik keine politische Polizei mehr geben. Mit dem Kontrollratsgesetz Nr. 31 vom 1. Juli 1946 wurden alle "Polizeibüros und Agenturen politischen Charakters" verboten. Bis 1948 weigerte sich der amerikanische Generalgouverneur Clay trotz der Forderung der Miniusterpräsidenten vehement, eine politische Polizei zuzulassen.

Doch mit dem "Polizeibrief" der Militärgouverneure vom 14.4.49 wurde schließlich der Grundstein für den künftigen Verfassungsschutz gelegt. 1950 folgte den Ämtern für Verfassungsschutz der Aufbau politischer Kommissariate, womit gleichzeitig der Anfang zur Aufhebung des Trennungsgebots gemacht wurde, das ebenfalls mit dem "Polizeibrief" festgelegt worden war. Die Angst vor den Kommunisten - vor der "roten Gefahr" - begründete nicht nur die Schaffung des Verfassungsschutzes und der politischen Polizei, sondern 1951 auch die Gründung politischer Abteilungen der Staatsanwaltschaften und Gerichte, womit das Gesinnungsstrafrecht von den Ermittlungen bis zur Verurteilung Einzug in die bundesrepublikanische Rechtsgeschichte hielt. Es waren die Mitglieder der 1956 verbotenen KPD, die als erste die Ungerechtigkeit des politischen Strafrechts zu spüren bekamen. Die Verfolgung der Kommunisten sowie die Wiedereinstellung von "Sicherheitsexperten" aus dem "Dritten Reich" sind letztlich Ausdruck dafür, daß bis heute die Gefahr "links" gesehen wird.

Geheimpolizei oder Staatsschutz ?

Die Bezeichnung "Geheimpolizei" oder auch "politische Polizei" wird in Polizeikreisen nicht gerne gehört, weckt sie doch Erinnerungen an einen Teil deutscher Geschichte, mit dem die Polizei nichts zu tun haben möchte und der weitgehend polizeilich ignoriert wird. Staatsschutz werden die polizeilichen Abteilungen genannt, die sich mit politisch motivierten Straftaten befassen. Angesiedelt bei der Kriminalpolizei unter den Kürzeln "K 14" wie in Hessen, "LKA 3" in Hamburg oder "14. K" in Nordrhein-Westfalen, bearbeiten diese Dienststellen nicht nur die klassischen Straftaten mit politischem Hintergrund wie Verunglimpfung des Bundespräsidenten, verfassungsfeindliche Sabotage, Landesverrat usw., sondern auch Betrug, Diebstahl oder Sachbeschädigung, wenn derartige Straftaten politisch motiviert sind. In der Vergangenheit waren die Staatsschutzabteilungen auch für den Personenschutz zuständig. In jüngster Zeit wurde diese Aufgabe gesonderten Dienststellen oftmals in der Zuständigkeit der Schutzpolizei übertragen, wobei enge Anbindungen der Abteilungen auch weiterhin gegeben sind. Die Personenschutzaufgaben durch das Bundeskriminalamt (BKA) wurden von der Sicherungsgruppe Bonn bislang getrennt von der Staatsschutzabteilung wahrgenommen. Im Rahmen einer Umstrukturierung des BKA sollen diese beiden Abteilungen nun in Meckenheim zusammengelegt werden. Die Vergangenheit

hat gezeigt, daß jede Neuorganisation mit einem Personal- und Budgetzuwachs verbunden ist.

Der Personalbestand im Staatsschutzbereich beim BKA nahm von 30 Beamten im Jahre 1951 auf 1425 Beamte im Jahr 1992 zu. Mit dem personellen Zuwachs der Staatsschutzdienststellen, die außer personell auch technisch besser ausgestattet sind als die übrigen Dienststellen, stieg die Anzahl der erfaßten "politischen Delikte". Gerade im politischen Strafrecht besteht ein Zusammenhang zwischen der Anzahl der auf Gesinnung spezialisierten Polizisten und den Ermittlungsfällen. Ein Zustand, der unter dem Begriff "Wendland-Syndrom" bekannt wurde. Polizeiliche Einsatzstrategien richten sich im politischen Bereich nach der politischen Bewertung. So wurde weder gegen demonstrierende Landwirte noch gegen Stahlarbeiter oder LKW-Fahrer, die an Blockadeaktionen teilnahmen, um auf ihre Arbeitssituation aufmerksam zu machen, polizeilich eingeschritten. Anders erging es den Blockierern der Friedens- oder Anti-AKW-Bewegung, die die gesamte Bandbreite polizeilicher Maßnahmen - von der Festnahme über die erkennungsdienstliche Behandlung bis zur Speicherung in den Staatsschutzcomputern - erfuhren. Es erscheint wahrscheinlich, daß ein derartiger Verfolgungsdruck auch Auswirkungen auf die politischen Aktivitäten hat. Eine breite außerparlamentarische Bürgerbewegung vom Ende der sechziger Jahre bis etwa zur Mitte der achtziger Jahre wurde fast zum Erliegen gebracht. Zumindest führen derartige Tätigkeiten zu einer Verunsicherung der Menschen. Die Tatsache, daß vermeintliche Gegner des Staates als solche kriminalisiert werden, führt zur Verbitterung, und schlimmstenfalls kommt es zur Resignation. Insofern bestünden Gemeinsamkeiten mit den "Sicherheitsorganen" totalitärer Systeme. Für diese These spricht auch der Versuch der Einflußnahme von Staatsschützern auf den Arbeitgeber oder den familiären Bereich von Menschen, die der Staatsschutz der "linken Szene" zuordnet.

Der Personenschutz

Im Bereich des Personenschutzes arbeiten Kriminal- und Schutzpolizei eng zusammen. Insbesondere Erkenntnisse aus dem linksradikalen Bereich finden auf dem Gebiet des Personenschutzes Berücksichtigung. Grundlage für die Personenschutzmaßnahmen ist die "Polizeidienstvorschrift (PDV) 100". Durch die PDV 100 werden drei Gefährdungsstufen in sechs Schutzmaßnahmen umgesetzt. Von der ständigen Begleitung der gefährdeten Person über den ständigen Objektschutz des Wohnortes bis zur Bestreifung des Objekts in unregelmäßigen Zeitabständen sollen die polizeilichen Aktivitäten optimalen Schutz gewährleisten. Zuständig ist in erster Linie das BKA für besonders gefährdete Personen und hier wie gesagt die Sicherungsgruppe Bonn, die aus etwa 330 Kriminal- und etwa 310 BGS-Beamten besteht. Für Personen mit der höchsten Gefährdung wurde zusätzlich das "Fahndungskonzept 106" entwickelt, das nach der 106. Tagung der AG (Arbeitsgruppe)Kripo im August 1986 benannt wurde und einer ständigen Fortentwicklung unterliegt. Das Fahndungskonzept 106 umfaßt die verdeckte Observation anschlagrelevanter Orte. Gefährdungsrelevante Erkenntnisse

werden in dem "Polizeilichen Observationssystem" (POS) verarbeitet. Gleichzeitig erfolgt eine stationäre wie mobile uniformierte Bewachung zu Lande und aus der Luft. Das Konzept bedingt den Einsatz von bis zu 30 BeamtInnen für den Schutz einer Person sowie die Nutzung diverser Fahrzeuge vom Fahrrad bis zum Wohnmobil einschließlich zweier gepanzerter Mercedes-Limousinen zum Neupreis von je 420.000 DM. Etwa 12 Personen waren 1991 in der höchsten Gefährdungstufe eingestuft worden.

Aufgaben des Staatsschutzes

Die Abschottung der Staatsschutzdienststellen in den örtlichen Polizeidienststellen, bei den Landeskriminalämtern und dem Bundeskriminalamt lassen im Grunde eine eigene Polizeiabteilung vermuten. Zwar rekrutieren sich die Beamten des Staatsschutzes aus dem allgemeinen Polizeidienst, insbesondere der Kriminalpolizei, doch ist in der Regel eine "besondere Staatstreue" erforderlich. Während die Landeskriminalämter und das Bundeskriminalamt im Staatsschutzbereich eine rein kriminalpolizeiliche Aufgabe wahrnehmen, sind die Staatsschutzkommissariate in den einzelnen Bundesländern auch für ordnungspolizeiliche Aufgaben zuständig. Bei der Anmeldung von Demonstrationen werden die Erkenntnisse des Staatsschutzes in die Lagebeurteilung einbezogen. Des weiteren obliegt dem Staatsschutz bei entsprechenden Erkenntnissen die Beobachtung des politischen Umfeldes des Demonstrationsanmelders. Die Bearbeitung von Straftaten aus dem Bereich "demonstrativer Aktionen" fallen ebenso in die Zuständigkeit des Staatsschutzes wie Blockadeaktionen und Hausbesetzungen oder Mahnwachen und die Auswertung von Presseergebnissen. Einzig und allein V-Personen dürfen von den Staatsschutzdienststellen nicht geführt werden, da dies allein dem Verfassungsschutz obliegt. Doch auch hier gibt es Hintertürchen, wenn der V-Mann eine reine Informantentätigkeit ausführt und dementsprechend als Informant geführt wird. Daneben nutzt der Staatsschutz weidlich die Möglichkeit des Einsatzes von verdeckten Ermittlern (VE). Entsprechende Skandale zeigen die Spitze eines Eisberges verdeckt eingesetzter Ermittler im Staatsschutzbereich, die sich meist in der linken Szene tummeln.

Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz

Abgeschottet von den übrigen Abteilungen, stellen die Staatsschutzdienststellen auch den exekutiven Arm der Verfassungsschutzämter dar. Diese Regelung ergibt sich aus dem Trennungsgebot und dem Bundesverfassungsschutzgesetz. Danach sind dem Verfassungsschutz ausdrücklich polizeiliche Befugnisse untersagt. Selbst bei der Polizei um Maßnahmen zu ersuchen, ist dem Verfassungsschutz untersagt. Beamte des Verfassungsschutzes dürfen somit weder Durchsuchungen und Sicherstellungen noch erkennungsdienstliche Maßnahmen usw. durchführen. Die Beamten des Verfassungsschutzes sind nicht dem Legalitätsprinzip, sondern dem Opportunitätsprinzip

verpflichtet. Anders als der Polizeibeamte braucht der Verfassungsschutzbeamte selbst Straftatbestände nicht zur Anzeige zu bringen. § 163 StPO verpflichtet hingegen den Polizeibeamten, "Straftaten zu erforschen". Die strikte Trennung der beiden Institutionen wurde im Laufe der Jahre mehr und mehr aufgehoben und führt bei anhaltendem Trend zu einer Verschmelzung. Geheimdienstliche Ermittlungsmethoden durch die Polizei erhalten gerade in jüngster Zeit die gesetzlichen Grundlagen. Im Gegensatz dazu soll der Verfassungsschutz auf den klassischen Gebieten polizeilicher Arbeit - der Gefahrenabwehr - eingesetzt werden, indem er Vorfeldbefugnisse im Bereich sogenannter Organisierter Kriminalität erhält und letztlich nicht nur zur Kriminalitätsverhinderung, sondern auch zur Kriminalitätsaufklärung beitragen soll. Eine derartig enge Aufgabenzuweisung für die beiden Institutionen erschwert die Transparenz polizeilicher Arbeit, wenn sie nicht gänzlich unmöglich gemacht wird. Zudem besteht die Möglichkeit, daß Verfassungsschutz und Polizei gemäß ihren Befugnissen ihre Maßnahmen abstimmen. Auf diese Art und Weise können Beweismittel nach allen Regeln der Kunst manipuliert werden, indem der Geheimdienst der Polizei beispielsweise lediglich das belastende Material übergibt, während die Polizei ihre Ermittlungsergebnisse an den Verfassungsschutz abgibt, um ein Ermittlungsverfahren nach der Strafprozeßordnung zu umgehen. Polizeiliche Arbeit muß nachvollziehbar und justiziell überprüfbar sein. Die Eingriffe in die bürgerlichen Freiheitsrechte durch den Verfassungsschutz werden lediglich durch das Parlament - durch eine drei- oder vierköpfige Parlamentarische Kontrollkommission (PKK) kontrolliert. Lediglich die Innenminister muß der Verfassungsschutz unterrichten. Um einer alles kontrollierenden Geheimpolizei entgegenzuwirken, ist eine strikte Trennung der Aufgaben von Verfassungsschutzbeamten und Polizei unerläßlich, wenn schon der These nicht gefolgt wird, daß der Verfassungsschutz überflüssig ist, weil der beste Verfassungsschutz der mündige Bürger ist.

Die Koordinierungsgruppe Terrorismusbekämpfung

Den weitaus größten Aufgabenbereich der Staatsschutzabteilungen nimmt der Linksextremismus und hier speziell der Terrorismus, insbesondere der RAF, ein. "die andauernde terroristische Bedrohung, insbesondere durch die 'RAF', erfordert eine weitere Koordinierung, Konzentration und Bündelung der Bekämpfungsmaßnahmen in Gemeinsamkeit von Bund und Ländern sowie die konsequente bundesweite Durchführung aller Maßnahmen", war am 18.6.1991 in einem Bericht des Bundesinnenministers über die Einrichtung der "Koordinierungsgruppe Terrorismus" (KGT) zu lesen, der den Stempel "VS - Nur für den Dienstgebrauch" (VS = Verschlusssache) trug. Die KGT entstand anläßlich einer Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder am 3. Mai 1991 in Bonn. Sie war das Beratungsergebnis der AG Kripo, der Leiter der Verfassungsschutzämter sowie der Arbeitskreise II (öffentliche Sicherheit) und IV (Verfassungsschutz) der Innenministerkonferenz. Die Geschäftsstelle der KGT wurde beim Bundeskriminalamt eingerichtet, dem auch die Federführung oblag. Anfangs

trafen sich in der KGT "nur" der Abteilungsleiter für Terrorismusbekämpfung im BKA, ein Vertreter der Abteilung Terrorismus des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) sowie des Referates Fahndung beim Generalbundesanwalt (GBA). Später wurde der Kreis durch Hinzuziehung der Landeskriminalämter und der Landesämter für Verfassungsschutz erweitert. Bereits nach einem halben Jahr ihres Bestehens war die KGT in 29 geheimen Sitzungen zusammengekommen. Später teilte sich die KGT in einen großen und einen kleinen Kreis auf. Der große Kreis mit allen Beteiligten traf sich vierzehntägig. Der kleine Kreis mit Vertretern aus BKA, BfV, und GBA setzte sich wöchentlich zusammen. Eine spezielle gesetzliche Grundlage besteht für die KGT nicht. Dies verwundert um so mehr, da es sich um die ständige Einrichtung einer Gruppe aus Geheimdiensten, Polizei und Bundesanwaltschaft (Justiz) handelt. Das Trennungsgebot von Polizei und Geheimdiensten ist durch die KGT aufgehoben, erfolgt doch in diesem Bereich ein geheimer Informationsaustausch sowie eine kaum mehr kontrollierbare Zusammenarbeit, wie zuletzt auch das Desaster von Bad Kleinen verdeutlichte. Ziel der KGT ist ein umfassender und zügiger Informationsaustausch zwischen Polizei, Geheimdienst und Justiz, die Auswertung der Informationen und die Erstellung eines Lagebildes durch das BKA. Neben der Festlegung von Schwerpunkten für die Terrorismusbekämpfung sollen die Maßnahmen des Fahndungskonzeptes 106 mit den Erkenntnissen der KGT abgestimmt werden. Im Bereich des Rechtsextremismus wurde eine "Bund-Länder-Informationsgruppe gegen Rechtsextremismus" eingerichtet, die sich von der KGT nur dadurch unterscheidet, daß ihr Sitz beim Bundesamt für Verfassungsschutz angesiedelt ist. Beim legalen Vorfeldeinsatz der Geheimdienste im Bereich der Organisierten Kriminalität ist zu erwarten, daß ein ähnliches Gremium auch in diesem Bereich eingeführt wird.

Datensammlung durch den Staatsschutz

Die Arbeitsweise des Staatsschutzes bedingt eine gesonderte Datenspeicherung, auf die nur bestimmte Beamte Zugriffsmöglichkeiten haben. Mit dem Datenbanksystem PIOS werden die Staatsschutzdienststellen anhand einer Arbeitsdatei unterstützt. PIOS ist zur Sammlung von Informationen über Personen, Institutionen, Objekte, Sachen und Ereignisse 1976 eingerichtet worden. Die Informationen in diesem System sind untereinander verknüpfbar. Zunächst wurde die PIOS-Datei für den Terrorismusbereich beim BKA eingerichtet. 1986 wurde die Arbeitsdatei PIOS-Innere Sicherheit (APIS) in Betrieb genommen. In APIS wurden die Datensammlungen "Terrorismus" und "Staatsschutz" zusammengeführt. Die Datensammlung "Staatsschutz" erhielt die Erkenntnisse der Staatsschutzabteilungen von BKA und den Landespolizeien, die durch APIS eine Einheit bildeten. In APIS wurden sämtliche Erkenntnisse aus Ereignissen mit einem Staatsschutzbezug gespeichert. Daneben existieren die Arbeitsdateien "Landfriedensbruch" (APLF) und "Landesverrat" (APLV). In den Arbeitsdateien PIOS werden nicht nur die Daten verdächtigter, sondern auch unverdächtigter Personen gespeichert, die dem Staatsschutz interessant erscheinen. Die Richtlinien des

Kriminalpolizeilichen Meldedienstes Staatsschutz (KPMD-S) gewährleisten, daß tatsächlich sämtliche Erkenntnisse erfaßt werden, auf die dann alle Staatsschutzstellen Zugriffsmöglichkeiten haben. Die Verknüpfung der einzelnen Daten umfaßt die Möglichkeit, ein umfassendes Persönlichkeitsbild zu erstellen. Zu einer derartigen Datenspeicherung gehört eine umfassende Personenbeschreibung (Zahnlücke, Leberfleck, Narbe, Augenfarbe, Tätowierung usw.) ebenso wie persönliche Eigenarten (Fingernägel kauen, lispeln, tiefe Stimme usw.). "Andere Personen", nämlich Unverdächtige, können in die Klauen des "Großen Bruders" geraten, "wenn sie in Verbindung mit Personen oder Organisationen stehen und zureichende tatsächliche Anhaltspunkte die Annahme rechtfertigen, daß die Erfassung zur Aufklärung oder vorbeugenden Bekämpfung der in § 138 StGB genannten Straftaten (Vorbereitung eines Angriffskrieges, Hochverrat, Landesverrat, Menschenhandel, Mord usw., d.V.) oder einer Straftat nach § 129 StGB (Kriminelle Vereinigung) erforderlich ist". Ende 1990 waren in APIS 34.556 Personen, 8.257 Institutionen, 64.855 Objekte, 18.596 Sachen und 126.588 Ereignisse gespeichert. Es ist davon auszugehen, daß sämtliche Personen, die in APIS gespeichert sind, auch im Nachrichtendienstlichen Informationssystem (NADIS) der Verfassungsschutzämter gespeichert werden, weil der Umfang der Auskunftersuchen des Bundesamtes für Verfassungsschutz an das BKA ebenso groß ist wie der Umfang aller Auskünfte an die Landeskriminalämter.

Schlußfolgerung

Die Ermittlungstätigkeit der Staatsschutzdienststellen ist besonders der Einflußnahme der Verfassungsschutzämter und der Innenministerien ausgesetzt. Skandale der Vergangenheit (z.B. V-Mann Nonne im Herrhausen - Mordfall, Schmücker-Verfahren, KOMM-Prozeß in Nürnberg oder Celler Loch) lassen den Rückschluß zu, daß eine solche Einflußnahme zur Verfälschung mit den Verfassungsschutzämtern führt, die zu politisch gewünschten Ermittlungsergebnissen führen soll. Die Staatsschutzdienststellen ermitteln überwiegend aus eigenem Antrieb aufgrund der Gesinnung - der politischen Einstellung - einer Person. Während im Bereich der "üblichen" Kriminalität die Polizei überwiegend aufgrund von Strafanzeigen Dritter tätig wird, ist das Verhältnis im Staatsschutzbereich umgekehrt. Dies führt zu einer umfassenden Datensammlung und kann Ermittlungen bis in den individuellen Bereich nach sich ziehen, um auf diesem Weg Einfluß auf die persönlichen Verhältnisse der Betroffenen zu nehmen. Die Abschottung der Staatsschutzdienststellen erschwert die Nachvollziehbarkeit sowie die rechtsstaatliche Transparenz polizeilicher Arbeit. Es bleibt letztendlich nur die Auflösung der Staatsschutzdienststellen zu fordern.

Jürgen Korell

Quellen: Cilip 41, 42; Positionspapier der Kritischen PolizistInnen "Das politische Strafrecht" (Zuerst veröffentlicht in : **Unbequem**, Zeitung der Bundesarbeitsgemeinschaft Kritischer Polizistinnen und Polizisten (Hamburger Signal) e.V.. **Nr. 19, September 94**)

DIE MHP IN DER TÜRKEI UND IN NORD - KURDISTAN

Die in den 60er Jahren unter Führung von Alparslan Türkeş gegründete "Nationalistische Bewegungspartei" ("Milliyetçi Hareket Partisi", MHP) kann bereits auf eine bücherfüllende Geschichte zurückblicken. Auch diese wollen wir beizeiten behandeln; in diesem Artikel beschränken wir uns jedoch auf einige aktuelle Informationen.

DIE MHP IN DEN 80ER JAHREN

Nach dem Militärputsch vom 12.9.1980 war die MHP wie alle anderen Parteien auch zunächst verboten. **Türkeş**, der kurz nach dem Putsch festgenommen und vor ein Gericht gestellt wurde, wurde im April 1985 aus gesundheitlichen Gründen freigelassen und 1987 zu einer 11jährigen Haftstrafe verurteilt, die er jedoch wegen eines Amnestiegesetzes nicht absitzen mußte.

Inzwischen hatte sich bereits 1983 als Nachfolgepartei der MHP die "**Nationale Arbeitspartei**" (Milliyetçi Çalışma Partisi, MÇP) gebildet. Einige alte MHP-Mitglieder hatten sich allerdings anderen Parteien, v.a. der "Heimatlandspartei" ANAP von T. Özal, angeschlossen. Vorsitzender der MÇP wurde Türkeş, nachdem die Politikverbote gegen diverse Parteifunktionäre nach einer Volksabstimmung am 6.9.1987 (knapp) aufgehoben wurden. Seit 1992 nennt sie sich traditionsbewußt in Wort und Tat wieder MHP.

WAHLEN

Bei den ersten Wahlen zeigten sich zunächst keine großen Erfolge für die MÇP/MHP. Ein Wahlbündnis der MÇP mit der islamisch-fundamentalistischen Wohlfahrtspartei (RP) von N. Erbakan (und einer weiteren Kleinpartei, der IDP) für die **Parlamentswahlen am 22.10.91** kam auf fast 17 % der Stimmen. Es stand jedoch fest, daß der Anteil der MHP an diesem Wahlerfolg nur gering war. Das Bündnis zerfiel im übrigen nach den Wahlen wieder und dürfte auch nicht als langfristige Zusammenarbeit geplant gewesen sein.

Schließlich konnte die MHP bei den **Regionalwahlen im März 1994** insgesamt fast 8 % der Stimmen erhalten (1989: 4,14 %). Sie erhielt die meisten Stimmen in den Provinzen Kastamonu, Cankiri, Yozgat, Kirsehir, Kars und Erzincan (1989: Kirikkale, Yozgat, Erzincan und Elazig) (Cumhuriyet Hafta, 1.4.94). Damit stellt sie also in **sechs von 76 Provinzen** den Gouverneur.

ANTI-KURDISCHE HETZE

Ein wesentlicher Teil ihrer Wahlpropaganda und überhaupt ihrer derzeitigen Öffentlichkeitsarbeit war und ist **antikurdische Hetze**. Damit ist auf der parlamentarisch-politischen Ebene offensichtlich insbesondere die MHP die Nutznießerin der nationalistischen Staatspropaganda, die sich seit den 80er Jahren erneut verstärkt gegen die kurdische Bevölkerung mit dem vorgeschobenen Feindbild PKK richtet.

So meinte Türkeş z.B. 1992, die "Separatisten", also v.a. die PKK, würden unter griechischer Kontrolle in Camps auf Südzypern ausgebildet (Hürriyet, 15.2.92). Die Verbindung "**alter Feindbilder** mit aktuellen scheint sehr beliebt zu sein. In diesem Fall kriegen gleich auch noch einmal die GriechInnen ihr Fett ab. Eine Zeitlang wurde in den Medien das Gerücht verbreitet, die PKK würde sich vorwiegend aus ArmenierInnen zusammensetzen oder sei armenisch unterwandert.)

Im gleichen Jahr äußerte sich Türkeş wieder öffentlich, daß die KurdInnen von der **türkischen "Rasse"** abstammen würden (Gündem, 15.12.92).

"Jede Stimme für die MHP ist ein Faustschlag gegen die PKK", meinte Türkeş dann auch werbewirksam auf einer Kundgebung vor den Regionalwahlen im März 1994, auf der er mit seinen Händen auch das Wolfszeichen formte (Hürriyet, 20.3.94).

DAS GROBTÜRKISCHE REICH: TURAN

Ein weiterer wichtiger Pfeiler ihrer Ideologie ist das größtenwahnsinnige Ziel, ein Großtürkisches Reich, Turan, zu errichten. Dementsprechend wendeten sie ihre Aufmerksamkeit nach dem Auseinanderfallen der Sowjetunion in Richtung der Länder, in denen die sogenannten **Turkvölker** leben, also v.a. Aserbeidschan, Turkmenistan, Kasachstan, Usbekistan und Kirgisistan. Dort sei der "Başbuğ" (das bedeutet sinngemäß soviel wie Führer) auch kein Unbekannter (Berliner Zeitung, 6./7.2.93).

AUFTRETEN

Wichtiger als ihr Erfolg bei den Wahlen und unabhängig davon ist ihr Einfluß in den **staatlichen Institutionen**, der seit je nicht gering ist. (Auf ihre staatstragende Rolle in der Türkei soll jedoch bei anderer Gelegenheit genauer eingegangen werden.)

Offenbar sind sie jedoch seit dem guten Wahlergebnis vom März nun wieder **dreister** geworden: Laut Berichten von Leuten, die in letzter Zeit in der Türkei waren, zeigen sich die Faschisten der MHP nunmehr offener als die Jahre zuvor: "Graue Wolf"-Ketten, **Symbole** an den Autos.

Übergriffe auf linke bzw. allgemein unliebsame StudentInnen an den **Universitäten** gibt es schon seit Jahren wieder nicht nur von islamischen Gruppierungen, sondern auch von den "Grauen Wölfen" (z.B. taz, 9.12.89).

AKTUELLE INFOS ÜBER TÜRKISCHE FASCHOS IN DER BRD

In **Berlin** fand am 25.9.94 die **Kulturveranstaltung "Auf dem Weg zum Sieg"** der Türkischen Föderation statt. (Laut Anzeige würden dort folgende Personen auftreten: Mustafa Güneş, Sen Ozan, M. Ali Bilgic, Ozan Çoşkun und R. Yasar Güneş). Die Eröffnungsrede habe ein Ibrahim Akdağ gehalten. Der Trabzon-Abgeordnete der MHP, Koray Aydın, habe in seiner Rede u.a. gemeint, sie seien vor einiger Zeit als radikal und faschistisch bezeichnet worden, dabei hätten sie nur "Widerstand gegen die Feinde der Türkei und des Islams" geleistet (Türkiye, 22./30.9.94).

Eine Veranstaltung der "Grauen Wölfe" in **Hamburg** am 26.5.94 in der Ex-Disco "Hit House" wurde trotz des Protestes von rund 200 Antifas unter Polizeischutz durchgeführt (Antifaschistische Nachrichten, Nr. 12, 16.6.94).

Der "**Deutsch-Türkische Freundschaftsverein in Hanau**" ("Hanau Türk-Alman Dostluk Derneği" gehört ebenfalls der "Türkischen Föderation" an. Regionalvorsitzender in Hessen ist Mustafa Ödemis, sein Sekretär (yardimci) Ömer Baran (Türkiye, 30.9.94). Zum Thema "Die Erziehung türkischer Kinder in Europa" referierte (laut einer Anzeige in "Türkiye" vom 22.9.94) der Erziehungsattaché des **türkischen Konsulats in Stuttgart** am 24.9.94 - veranstaltet von der faschistischen Dachorganisation "Türkische Föderation Baden-Württemberg". Wir wiesen bereits auf die gute Zusammenarbeit zwischen Konsulatsangehörigen und faschistischen Organisationen hin. Nicht unerwähnt sollen die **Anschläge** auf verschiedene Vereinslokale rechtsextremistischer türkischer Gruppierungen bleiben. Bezeichnenderweise wurde trotz fehlender Anhaltspunkte die PKK verdächtigt, die nunmehr offensichtlich für alles Mögliche als Sündenbock dazustehen hat.

(F.B. in: inisiyatif Nr. 5, Oktober 1994)

Und die Lage hat sich nicht entspannt: Jede Ausgabe bringt für die (zu) wenigen Redaktionsmenschen große Anstrengungen, und wir werden nicht jünger.

Neue MitarbeiterInnen werden also dringend gesucht.

Dringlich und notwendig ist auch die verstärkte Zusammenarbeit mit anderen antifaschistischen Publikationen. Wir verstehen darunter allerdings keine kritische Zusammenarbeit, sondern werden an unserem Standpunkt festhalten: Die Redaktion läßt sich durch niemanden zwingen, auf ihre Meinungen zu verzichten, auch nicht von autonomen Zensurmaßnahmen (siehe Bericht und Stellungnahmen in dieser Ausgabe).

Da diese Auseinandersetzungen von allgemeinem Interesse sind, müssen wir stärker als bisher andere Publikationen über "unsere" Vorstellungen, Probleme

und Auseinandersetzungen informieren. Das ist bisher noch völlig unzureichend, und wir werden über geeignete Formen, wie dies erreichbar ist, diskutieren.

An der bestehenden Zusammenarbeit mit Publikationen ausländischer Organisationen (wie den "Tatsachen aus der Türkei, Kurdistan und der BRD"), am Ausbau der Kontakte (wie zum Dortmunder Anti Atom Büro, zum Genarchiv Essen oder zur Frauenmenschenrechtsorganisation Terre des femmes) werden wir festhalten.

Und zum Schluß: Wir Menschen in der Redaktion (einige sind nun schon seit einigen Jahren dabei und bisweilen auch leicht ermüdet) wollen weitermachen, vermutlich werden Zeitschriften wie die AntifaZ auch noch in der hundersten Ausgabe erscheinen müssen, da kaum zu erwarten ist, daß die gesellschaftli-

chen Ursachen für aufkommenden Faschismus und die Notwendigkeit seiner Bekämpfung verschwunden sein werden.

In diesem Sinne: Vorwärts mit der AntifaZ!

AntifaZ 46

Antifaschistische Zeitung

Erklärung der EZLN

Geschichte Mexikos I

Demo in Pivitsheide

Autonome IV



Emiliano Zapata mexikanischer Freiheitskämpfer

Anzeige

SONNENBLUME
NATURKOST

Lebensmittel aus kontrolliert biologischem Anbau

SPRINGSTR. 2 AM HAUPTBAHNHOF
45657 RECKLINGHAUSEN
TEL.: 02361/13927

Täglich frisches Brot, Gemüse u. Milchprodukte
Wurst und Fleischwaren aus der Bio- Metzgerei
Ökologische Weine, Sekt und Säfte
Naturkosmetik, Haar- und Körperpflegemittel
Individuelle Beratung zur Vollwerternährung

Öffnungszeiten: Mo - Fr. 9⁰⁰ - 13⁰⁰ u. 15⁰⁰ - 18³⁰ Uhr
Sa. 9⁰⁰ - 13⁰⁰ Uhr

Anzeige

HUTZEL Vollkorn-Bäckerei GmbH
Hattinger Straße 188 44795 Bochum
Tel. 0234/ 450590
FAX: 0234/452268

Kontrolliert-biologischer Anbau
BIOLAND-Getreide
Eigene Mühle
Informationen
Betrieb in Selbstverwaltung

HUTZEL

Mo. - Fr. 10.00 - 13.00h, 15.00 - 18.00h

MEXIKO-SOLIDARITÄTSVERANSTALTUNG IN DORTMUND

Eine Nachbetrachtung

Die am 17.09.1994 ab 15 Uhr in Dortmund im Lokal der Grünen (Scharnhorststr. 50) abgehaltene Informationsveranstaltung "Solidarität mit dem revolutionären bewaffneten Kampf in Mexiko. Freiheit für alle revolutionären Gefangenen" wurde organisiert vom Infoladen "Don Quichote" (Herne), von SPARTAKUS (Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei in der Türkei - einer Gruppe, die sich von der Organisation Bolşevik Parti getrennt hat) und der Recklinghäuser Ortsgruppe des AFB). Als Unterstützer stand auf einem (in einigen Linke-Szene-Lokalen ausgelegten) Flugblatt und einem in den Sprachen Spanisch, Kurdisch, Türkisch und Deutsch abgefaßten (in Dortmund erst in der Nacht vor der Veranstaltung sehr spärlich geklebten) Plakat noch der Buchladen "Georgi Dimitroff" (Frankfurt am Main).

Als Vertreter des revolutionären bewaffneten Kampfes in Mexiko war ein Genosse des Movimiento Revolucionario de Mexico (Revolutionäre Bewegung Mexikos, MRM) erschienen, der faktisch während der gesamten Veranstaltung auf spanisch referierte, was dann jeweils ins Deutsche übersetzt wurde (die ursprünglich vorgesehene Übersetzung auch ins Türkische unterblieb aus Zeitgründen, zumal die Anwesenden außer dem Referenten des Deutschen mächtig waren.)

Zum Text der Ankündigung der Veranstaltung

Der MRM war im Flugblatt als "ein (gibt es noch andere?) Zusammenschluß von allen bewaffnet kämpfenden revolutionären Organisationen in Mexiko" vorgestellt worden. Weiter erfuhr man aus dem Flugblatt-Text:

"Ein Ziel dieser Organisationen ist es, den mexikanischen Staatsapparat zu zerschlagen und den Sozialismus aufzubauen."

Das klingt stramm marxistisch-leninistisch, aber zu fragen ist, ob das tatsächlich das Ziel aller "bewaffnet kämpfenden revolutionären Organisationen Mexikos", also auch etwa der Zapatistischen Armee der Nationalen Befreiung (EZLN), ist. Die Zapatisten haben bisher - zumindest in ihren öffentlichen Bekundungen - lediglich davon geredet, daß sie sich auf die mexikanische Verfassung von 1917 in ihrer ursprünglichen Fassung (und nicht in der durch die Staatstragende Revolutionäre Partei PRI insbesondere nach Abschluß des NAFTA vielfach veränderten Fassung) berufen, den dominierenden Einfluß der PRI in der mexikanischen Gesellschaft brechen wollen und für "libertad, democracia y justicia" (Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit) kämpfen.

Und die EZLN gehört doch wohl unbestritten zu den "bewaffnet kämpfenden revolutionären Organisationen in Mexiko", die im MRM eine Art Dachverband haben. Weitere Organisationen sind: Heimliche Revolutionäre Arbeiterpartei "Einheit des Volkes" (PROCUP), Demokratische Partei der Befreiung der Armen (PDLP), Bewaffnete

Avantgarde des Volkes (VAP), Brigade "Che Guevara" (BCG), Brigade "Simon Bolivar" (BSB) und Bewaffnete Revolutionäre Organisation des Volkes (ORAP), die - wie es in einem Interview der Zeitschrift GEGEN DIE STRÖMUNG (Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands) mit einem MRM-Vertreter (in Nr. 5/6 aus 1994 veröffentlicht) heißt - bereits seit 1978 zusammenarbeiten. Darin heißt es auch, daß es, "seitdem die sieben Organisationen zusammenarbeiten", zwischen ihnen keine ideologischen Differenzen, sondern lediglich "einige Differenzen in Fragen der Taktik" gebe, "Sachen", die sie "außen vor" lassen. Alle Organisationen seien sich darin einig, daß sie für den Kommunismus kämpfen, und "schon seit dem Tag, an dem wir den MRM gebildet haben", in dem Ziel einig, eine kommunistische Partei aufzubauen. Das habe jedoch bis heute nicht geklappt, weil es noch nicht gelungen sei, an die Arbeiter heranzukommen, ohne die das nicht gehe.

Schwäche der Revolutionäre: mangelnder Rückhalt in den Städten

Die Organisationen haben bis zum Aufstand der EZLN auch nicht in den Städten operiert, sondern in abgelegenen gebirgigen Regionen. Von den über 86 Millionen Menschen Mexikos leben jedoch mehr als 70 % in den Städten (wie GEGEN DIE STRÖMUNG in einem statistischen Überblick aufzeigt).

Als Anfang Januar 1994 von der EZLN die Städte Las Margaritas, Altamirano, Rancho Nuevo,

Comitan, Ocosingo und San Cristobal de las Casas eingenommen wurden, war das als Überraschungscoup gedacht, der einerseits die Weltöffentlichkeit auf die katastrophale Lage der armen Bevölkerung in Mexiko aufmerksam machen, andererseits die in den Gefängnissen dort einsitzenden, überwiegend schwer mißhandelten Revolutionäre befreien, dabei zugleich aber möglichst unblutig verlaufen sollte. Während die mexikanische Bundesarmee in 5 der genannten 6 Städte (deren Anfangsbuchstaben zusammen den Kunstnamen des Subcomandante MARCOS ergeben) nicht anwesend war und die EZLN daher auf keinen Widerstand stieß, hatte sie bei Comitan die Lage falsch eingeschätzt, die Bundesarmee versuchte, das für die Einnahme dieser Stadt vorgesehene EZLN-Kontingent einzuschließen, und bei dessen Rückzugsgefecht kamen auf beiden Seiten mehrere hundert Bewaffnete ums Leben, dabei eine Gruppe von 40 EZLN-Kämpfern, die zur Sicherung des Rückzugs der Hauptgruppe in der umschlossenen Stadt verblieben und samt und sonders niedergemacht wor-

den waren. Die mexikanische Bundesarmee brachte in einer Art Lynchjustiz auch Hunderte von Unbewaffneten um, bloß weil diese mit den Zapatisten sympathisierten. Das war ihr übliches Vorgehen, nur ruhten diesmal die Augen der Weltöffentlichkeit auf ihr.

Keine ideologischen Differenzen?

Nicht nur taktische, sondern auch ideologische Differenzen zum oben entworfenen Bild der Einheit zeigen sich auch, wenn man das Kommuniqué der EZLN-Untergrundführung vom 20.01.1994 heranzieht, worin es heißt:

"Unsere Kampfmethode ist nicht die einzige. Es gibt andere Kampfmethoden, und sie haben große Bedeutung. Unsere Organisation ist nicht die einzige, und das wird vielleicht für viele nicht einmal wünschenswert sein. Es gibt andere ehrliche, fortschrittliche und unabhängige Organisationen, und sie haben große Bedeutung. Die EZLN hat nie gemeint, daß unsere Kampfmethod die einzige legitime Kampfmethod sei.



Aber es ist die einzige, die für uns übrigbleibt. Die EZLN begrüßt die ehrliche und wichtige Entwicklung aller Formen für den Kampf, die uns in Richtung Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit bringen werden. Die EZLN hat nie gemeint, daß unsere Organisation die einzig wahre, ehrliche und revolutionäre Organisation in Mexiko oder Chiapas sei.

Wir organisieren uns, wie wir es tun, weil das die einzige Form ist, die jetzt für uns offen ist. Die EZLN begrüßt die Entwicklung aller unabhängigen und fortschrittlichen Organisationen, die für Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit für das ganze Land kämpfen. Es gibt sie jetzt, und es wird weiterhin andere Volksguerillaarmeen geben. Wir haben nicht den Wunsch, uns als einzige und wahre historische Avantgarde auszurufen. Wir haben nicht den Wunsch, ehrliche Mexikaner unter das zapatistische Banner zu zwingen, auch wenn wir es ihnen anbieten."

(zitiert nach: "Opprör". Zeitung der norwegischen Roten Wahlallianz. Nr. 4/Juni 1994 - aus dem Norwegischen übersetzt von Klaus Dillmann).

Kommunismus oder Anarchismus oder Überwindung dieses Gegensatzes?

Dieses zapatistische Banner ist allerdings traditionell eher ein anarchistisches als ein kommunistisches Banner; das Programm der Zapatisten während der mexikanischen Revolution ab 1910/11 war im wesentlichen auf die Beseitigung feudaler Verhältnisse auf dem Lande gerichtet - und diese Verhältnisse sind heute nach wie vor großagrarisch, aber eher agroindustriell. Und die verelendete kleinbäuerliche und Landarbeiter-Bevölkerung ist es auch, die in diesem Text vorrangig angesprochen wird. Wörter wie "Freiheit", "Demokratie" und "Gerechtigkeit" sind - für sich genommen - ziemlich allgemein, und jeder Mensch kann etwas anderes darunter verstehen. Es sind Wörter, die Menschen ansprechen, die betrogen worden sind und das, worum sie sich betrogen fühlen, in solcher Weise zum Ausdruck bringen. Und auch der Gebrauch von Wörtern wie "Sozialismus" oder "Kommunismus" - die in diesem Text nicht, in anderen aber durchaus auch benutzt werden - hat stärker einen Gefühlswert für die Menschen, als daß schon deutlichere Vorstellungen damit verbunden wären. Sie werden gebraucht, weil diejenigen, die sie um all das, was ihnen fehlt, betrügen, darin etwas sehen, wovon sie Angst haben. Sie haben noch etwas von dem an sich, was Marx kennzeichnet als das "Gespenst des Kommunismus". Aber diese

Grauzone

Café und Kneipe

Oerweg 53, 45657 Recklinghausen
Tel.: 02361 - 27504

Mo. - Sa. ab 19.00 Uhr

So. ab 10.00 Uhr

Jeden Sonntag großes
von 10.00 bis 14.00 Uhr
Frühstücksbüffet

12.11. Harmonica Pete &
The Blue Jukes
-Blues-

19.11. Bluesday Tuesday
-Blues-

25.11. THE
PUBLIC PARK
...world will always
Welcome-Tour '94

8.12. BALLIHOO
Turmoil-Tour '94

16.12. SWIMMING
THE NILE
Home-Tour '94

24.12. Heiligabend
DIE
BALLHAUSSCHLACHT

"Kommunisten" haben - außer daß sie Werte wie "menschliche Würde" ansprechen und ihre "comunidades" (dörfliche Gemeinschaften) und ihre "ejidos" (eine Art Allmende) verteidigen wollen - noch nicht gesagt, was ihr Programm für die gesamte Gesellschaft ist. Das ist bei all ihrer Entschlossenheit ihre eigentliche Schwäche; angesprochen werden die Menschen in den Städten damit eher auf einer romantischen als auf einer programmatischen Ebene. Selbst Wörter wie "Ideologie" haben hier einen anderen Klang.

Offenbar unterscheidet sich in diesem Text auch sehr deutlich die Zielrichtung von derjenigen, wie sie in GEGEN DIE STRÖMUNG wiedergegeben wird. Was nicht gegen die mexikanischen Revolutionäre spräche, wohl aber gegen ein Nicht-wahrhabenwollen derartiger Unterschiede. (Es ließen sich weitere Differenzen leicht aufzeigen.)

Schwierigkeiten bei der Bestimmung der historischen Stufe des Befreiungskampfes

Auch der Interviewer von GEGEN DIE STRÖMUNG wußte, daß die Plattform der EZLN ein revolutionär-demokratischer, kein sozialistischer Aufruf ist, und fragte daher: "Warum habt Ihr nicht Sozialismus und Kommunismus in den 'Aufruf aus der Selva Lacandona' (gemeint ist der Aufruf: "Heute haben wir gesagt: Das Maß ist jetzt voll"; vgl. AntifaZ Nr. 46) reingeschrieben - wegen der Bauern?" und erhält die Antwort:

"Das war das erste Kommuniqué der 'Zapatistischen Nationalen Befreiungsarmee', und es existiert ein weiteres des 'Frente

Urbano' (= Städtische Front) des EZLN in Mexiko City, in dem stehen an erster Stelle folgende Punkte: Wir kämpfen gegen den Hunger, wir kämpfen gegen die Wahlfarce, wir kämpfen für den Sozialismus."

Der Interviewte - der vorher an keiner Stelle des Interviews selbst davon gesprochen hatte, daß der Staat zerschlagen und ein revolutionärer Staat errichtet werden müsse - gibt auf die ihm gestellte Frage: "Wenn Ihr den Staat zerschlagen habt, einen eigenen revolutionären Staat gründet, ist das der Staat der Arbeiter und Bauern oder ist das der Staat der Diktatur des Proletariats?" die Antwort: "... der Diktatur des Proletariats."

Wenn man die Definition von Marx zugrunde legt, heißt das, daß diejenigen das Sagen haben werden, die nichts zu verlieren haben als ihre Ketten, also die heute völlig Mittellosen, diejenigen, die z.B. auf den riesigen Müllhalden der Ciudad de Mexico leben. Die für das herrschende System heute "überflüssig" sind, denen auch ein Platz in der Produktion nicht mehr zugestanden wird. In Mexiko ist das noch nicht "die ungeheure Mehrheit", der nur eine kleine Minderheit gegenüberstände. Arbeiter und Bauern hätten etwas zu verlieren.

Das Problem in Mexiko sei, daß das Volk schon drei bürgerlich-demokratische Revolutionen hinter sich habe. Und breit läßt sich der Interviewer über das "belehren", was er eh schon weiß:

"(...) die bürgerliche Revolution hat in Mexiko bereits stattgefunden. Das ist der

Anzeige

BUCHLADEN

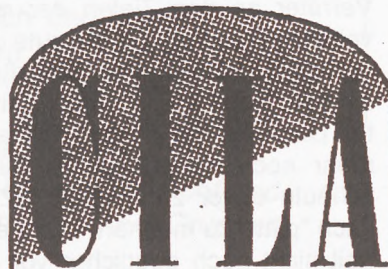
TARANTA BABU



• LITERATUR AUS ALLER WELT • SOZIALPÄDAGOGIK
 • SOZIALWISSENSCHAFTEN • KOMMUNIKATIONS- UND
 SPRACHWISSENSCHAFTEN • MEDIEN • PSYCHOLOGIE •
 • ÖKONOMIE • POLITIK • GESCHICHTE • FRAUEN • MÜTTER • KINDER • VÄTER •
 • MÄNNER • GROSSES ANGEBOT AN ZEITSCHRIFTEN UND PERIODIKA
 Öffnungszeiten: Buchladen 10.00 - 18.30 Sa. 10.00 - 14.00
 Literaturkaffeehaus: 10.00 - 24.00 (Dienstags Ruhetag)
 44137 Dortmund, Humboldtstr. 44, Tel: 0231-14 16 89

Wir bestellen jedes lieferbare Buch

Anzeige



CAFÉ IM LANGEN AUGUST



Mo-Fr 10-22 Uhr
 So 10-19 Uhr

Braunschweiger Str. 22 / Nordmarkt
 46 Dortmund 1 • Telefon 83 01 47

Unterschied zu Rußland (1917). In Rußland gab's den Zarismus, aber es gab keine bürgerliche Demokratie."

Erste bürgerlich-demokratische Revolution 1810-1824 mit dem Ergebnis des Brechens der Vorherrschaft der Spanier in "Neuspanien" zugunsten von Mestizen und Kreolen bei Erhaltung der feudalistischen Produktionsweise unter Führung der Katholischen Kirche; zweite bürgerlich-demokratische Revolution in Form des Reformkrieges zwischen Konservativen und Liberalen mit dem Ergebnis der Verstaatlichung der Kirchengüter, Einführung der Zivilehe, Trennung von Staat und Kirche, was durch einen anschließenden Volkskrieg gegen die Franzosen gesichert wurde; dritte bürgerlich-demokratische Revolution 1910-1919 mit Beseitigung der Überreste der feudalistischen Produktionsweise. Zapata habe zwar nicht für die Ziele des Sozialismus gekämpft, sei aber ein unbeugsamer Revolutionär gewesen, der deswegen umgebracht wurde.

Es handelt sich in der Tat um ein Problem, daß man nach "drei bürgerlich-demokratischen Revolutionen" immer noch Demokratie einfordern muß, ohne für das gesamte Land konkret sagen zu können, wessen Demokratie das eigentlich ist und gegen wen sie sich richtet. Die programmatischen Aussagen sind noch nicht so, daß sie dem faktisch stattfindenden Polarisierungsprozeß in der mexikanischen Gesellschaft eine klare Stoßrichtung geben könnten; solange das so ist, werden die Kämpfenden auch aus den Bergen nicht dauerhaft herauskommen können und sich dort, wo sie es mal kurzfristig tun, - wie einst der Einzelkämpfer Zorro - verummeln müssen.

Die herrschenden Klassen Mexikos haben bisher eine moralische Niederlage erlitten, indem sie als Verräter an den Zielen der mexikanischen Revolutionen von 1810 bis heute gebrandmarkt worden sind; trotz herber Einbußen der PRI sitzen sie aber nach wie vor fast unangefochten im Sattel. Die Guerilla hat ihnen einen Streich gespielt, mehr noch nicht. Die mexikanische Regierung scheute davor zurück, die EZLN einfach militärisch "platt" zu machen, weil sie ihre Verkommenheit nicht noch deutlicher vor der Weltöffentlichkeit zu demonstrieren wagte - und dabei spielt das gerade in Kraft getretene NAFTA durchaus eine wichtige Rolle, denn man hoffte, die Guerilla, die ja die nationale Einheit des Landes keineswegs in Frage stellt, sondern geradezu betont, "abspeisen" zu können -, eine Scheu, die beispielsweise die türkische Regierung nicht kennt.

Abschließende Bewertung der Veranstaltung

Die Veranstaltung in Dortmund, an der rund 80 Menschen teilnahmen, soll sehr diszipliniert

abgelaufen sein und zum Schluß ein Spendenaufkommen von rund 750 DM (pro Kopf wären das also knapp 10 DM) für den revolutionären Kampf in Mexiko erbracht haben. Das klingt eindrucksvoll.

Aber: Mit ihrer Konzeption sind die Veranstalter hinter den Möglichkeiten, die sich für die Propagierung des mexikanischen Freiheitskampfes und die Solidarität damit geboten hätten, zurückgeblieben, und zwar aus Motiven, die mit einer "Solidarität mit dem revolutionären bewaffneten Kampf in Mexiko" nicht vereinbar sind. So war es ihnen beispielsweise **verboten**, daß in der Veranstaltung auch Zeitschriften wie die **AntifaZ** zum Verkauf angeboten wurden, einem **AntifaZ**-Redakteur und AFB-Mitglied wurde das unter Androhung von Gewalt verwehrt, weshalb der Betreffende sowie ein weiteres AFB-Mitglied unter für alle Anwesenden nicht zu überhörendem Protest den Raum verließen. (Siehe hierzu auch offener Brief des AFB Ruhrgebiet in dieser Ausgabe).

Begründet wurde die Zensur damit, daß die Veranstalter auch andere Organisationen (erwähnt wurden **Bolsevik Parti** und **DKP**) nicht zuließen. Wie der **AntifaZ**-Redakteur später in einem Gespräch mit dem Versammlungsleiter (von SPARTAKUS) erfuhr, war die Zensur darauf zurückzuführen, daß die **AntifaZ** als ein reformistisches Blatt betrachtet wurde. Der Vertreter des Infoladens "Don Quichote" hatte dagegen zur "Begründung" lediglich den Namen einer ihm unerwünschten Person genannt, die er - offenbar wegen Kritik an den Autonomen in der **AntifaZ**, zu der der Herr Zensor inhaltlich Stellung zu nehmen offenbar nicht in der Lage ist - aus dem antifaschistischen Spektrum ausgeschaltet sehen will. Offenbar von einer selbsternannten "antifaschistischen" bzw. "revolutionären" Avantgarde, die sich auch bei der Organisation des Raumes offenbar außerstande sah, mit offenen Karten zu spielen (den Grünen gegenüber wurde die kurdische Organisation **Kawa** als Veranstalterin genannt, und sie fühlten sich zu Recht hinters Licht geführt, als sie Flugblatt und Plakat zur Kenntnis nahmen, auf denen andere firmierten, nur eben nicht die Organisation **Kawa**, haben diesen aber mit Rücksicht auf die propagierte Solidarität mit den mexikanischen Revolutionären den Raum nicht gekündigt); eine "Avantgarde" mithin, der ein demokratischer Geist fremd ist - der Sache des mexikanischen Freiheitskampfes wurde so jedenfalls ein Bärendienst erwiesen ...

Klaus Dillmann, Mitglied des AFB

STELLUNGNAHME DES AFB

Der **Antifaschistische Bund (AFB)** distanziert sich vom Ausschluß verschiedener politischer Organisationen von der **Dortmunder Solidaritätsveranstaltung für den bewaffneten Befreiungskampf in Mexiko**. Wenn man für verfolgte und unterdrückte Menschen wirksame Solidarität organisieren will, so setzt das voraus, daß man sich hierfür mit allen politischen Gruppierungen und Einzelpersonen zusammenschließen bemüht, die in dieser Frage dieselben Ziele vertreten. Dabei spielt es keine Rolle, ob diese Organisationen oder Einzelpersonen in anderen Fragen andere politische Auffassungen haben.

Eine Organisation, die in der politischen Arbeit einer anderen Organisation Fehler zu sehen glaubt, hat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, auf diese Fehler hin zuweisen.

Die Redaktion der Zeitung **"AntifaZ"** hat seit ihrem mehr als sechsjährigen Bestehen noch nie einen Artikel, ein Flugblatt oder sonst eine öffentliche Äußerung gegen den Befreiungskampf der unterdrückten Menschen in Mexiko verfaßt. Im Gegenteil, in ausführlichen Artikeln hat sie diesen Befreiungskampf unterstützt und ihm sogar eine ganze Nummer der Zeitung gewidmet.

Die **"AntifaZ"** hat allerdings die "Frechheit" besessen, auf ihrer Meinung nach falsche Positionen der Autonomen im antifaschistischen Kampf hinzuweisen. Dies ist für die Veranstalter in Dortmund der Grund für den Ausschluß der AntifaZ von der Veranstaltung gewesen. Die politische Unfähigkeit der Veranstalter ist verantwortlich dafür, daß am 17.9. mißliebige Organisationen ausgegrenzt wurden und somit für die Revolutionäre in Mexiko nicht die breitestmögliche Solidarität erreicht wurde. Es wird sicherlich sogar bei einigen der Verdacht aufkommen, den Veranstaltern ginge es gar nicht um eine Unterstützung des Kampfes in Mexiko, sondern sie wollten die Delegation aus Mexiko nur vor ihren eigenen Karren spannen für "revolutionäre" Selbstaufwertung.

Der gesamte AFB hat zur Zeit der Planung die Veranstaltung unterstützt und einen Delegierten zu einem Vorbereitungstreffen gesandt. Leider hat dieser (inzwischen aus dem AFB ausgetretene) Delegierte sich der Ausgrenzung anderer Organisationen nicht widersetzt, er hat auch den AFB hierüber nicht informiert. Wohl wissend, daß der Ausschluß z.B. der "AntifaZ" vom AFB nicht gebilligt werden würde, hat er zur Unterzeichnung eine "unabhängige Ortsgruppe Recklinghausen" des AFB erfunden. Wir stellen dazu fest:

Eine "unabhängige Ortsgruppe Recklinghausen" des AFB gibt es nicht und hat es auch nie gegeben; auch in anderen Orten, in denen es AFB-Gruppen gibt, gibt es keine solche Spaltergruppierungen.

Wir erklären außerdem: Hätten wir rechtzeitig vom Plan erfahren, die "AntifaZ" und verschiedene Organisationen auszuschließen, so hätten wir diese Veranstaltung nicht unterstützt. Darüberhinaus erklären wir, daß wir uns in Zukunft nur dann an der Vorbereitung und Durchführung von Aktionen beteiligen werden, wenn der Versuch gemacht wird, alle Organisationen und Einzelpersonen, die in der betreffenden Frage einer Meinung sind, in das Bündnis einzubeziehen.

Antifaschistischer Bund (A F B) Ruhrgebiet

NACH DEN "SUPERWAHLEN" WER HAT GEWONNEN ?

Zwar knapp, aber wie zu befürchten und wie von vielen erwartet, auch den Meinungsforschungsinstituten, hat die Kohlregierung erneut das Rennen gemacht.

Angesichts des knappen Wahlsiegs für die CDU/FDP-Koalition sind denn auch mal wieder alle "Sieger".

Im nachhinein wurden wie immer zahllose Kommentare, Spekulationen über die "Koalitionsverhandlungen", Machtkampf um die begehrten Pöstchen betrieben, für eine kurze Zeit war das Thema "Wahlanalyse" in den Medien der Renner, nun geht man wieder zur "Tagesordnung" über.

Die folgenden Zeilen sollen diesen "Analysen" keine weitere hinzufügen, ich möchte nur auf einen Punkt eingehen, der in den früheren Arikeln zum "Superwahljahr" ein wenig zu kurz gekommen ist: Inwieweit konnten antifaschistische, demokratische und sozialistische Auffassungen im Wahlkampf an Einfluß gewinnen ?

Die Polarisierung hat zugenommen

Kohl hat keinen Zweifel daran gelassen, daß er die reaktionäre Formierung der Gesellschaft fortzusetzen gedenkt, die Politik des Sozialabbaus verstärken ("rigider Sparkurs") und die aggressive deutsche Außenpolitik voranbringen will.

Sein Auftreten auf Wahlveranstaltungen gegenüber KritikerInnen jeglicher Couleur hat dabei deutlich gemacht, daß er die Gegner (= die sozial Ausgegrenzten) als den "inneren Feind" behandeln will - das ähnelt denn doch immer mehr früheren Klassenkampftönen.

Die "Opposition", hier gemeint die SPD (zur PDS später noch etwas), war keine: Wie abzusehen, hat die SPD-"Troika" keine eigenen Akzente setzen können, keinen klaren Kurs der Verteidigung sozialer Interessen der werkräftigen Bevölkerung, keine Interessensvertretung der "Minderheiten" (Arbeitslose, Alte, Frauen, AusländerInnen, Wohnungslose), keine selbstbewußte Zurückweisung des "Rote Socken"-Wahlkampfes der CDU/CSU. Stattdessen fortlaufende kriecherische Abgrenzung zur PDS, keine Signale in Richtung Rot-Grün, sondern eher die dumpfe Hoffnung, wenigstens an die "große Koalition" und damit an Ministerpöstchen zu kommen. Das hat nicht gereicht, und das ist gut so !

Auf der anderen Seite: Kohl hat trotz seiner Politik des sozialen Kahlschlags, der Ausgrenzungen, der rassistischen und ausländerInnenfeindlichen Propaganda, der halbherzigen und unglaubwürdigen (weil nur für die Auslandspresse bestimmten) Abgrenzung von den faschistischen alltäglichen Gewalttaten gewonnen - das Bevölkerungspotential, das für diesen reaktionären Kurs eintritt, ist nicht kleiner geworden.

Zwar ist dieser Prozeß m.E. nicht unumkehrbar, aber die rechten "Stimmungen im Volk" sind offensichtlich verfestigt !

Und in diesem Zusammenhang kann es auch kein bißchen beruhigen, daß die REPs große Stimmenverluste hinnehmen mußten. Das doch nur deshalb, weil die regierungsoffizielle Politik (Abschaffung des Grundrechts auf Asyl, brutale Abschiebepolitik, Aufrüstung des Polizeistaates usw.) die wesentlichen Forderungen der Faschisten realisiert hat.

Die faschistischen Parteien haben dadurch programmatische Probleme bekommen, die Differenzen innerhalb der REPs nach dem Gespräch von Schönhuber mit DVU-Chef Frey sind Indizien für diese Entwicklung.

(Auf die Entwicklung innerhalb der Nazi-Parteien soll an anderer Stelle ausführlicher eingegangen werden).

Vorläufiges Fazit, was die Frage des "Regierens" in Deutschland betrifft: Es bleibt alles beim alten, die Entscheidungen werden knapper, aber in zentralen Fragen (z.B. Bundeswehreinräte) wird notfalls eine "große Koalition" gebildet, denn die SPD stimmt in allen Kernfragen mit der Union überein, daran wird auch der Konflikt mit den Ost-Genossen nichts ändern.

Wie weiter im "wilden Osten" ?

Eine, wenn nicht die entscheidende Frage der Auseinandersetzungen der kommenden Jahre ist es, ob und wie eine "gesamtdeutsche" oppositionelle Politik entsteht. (Die herrschenden Parteien haben dasselbe Problem, doch deren "Lösungen" zeichnen sich deutlicher ab: Kahlschlag im Osten wird fortgesetzt, Status einer "Neokolonie" Ossi-Land bleibt erhalten).

Die **Stimmengewinne für die PDS** haben, keineswegs den Charakter einer "Nostalgie"-Wahl,

sondern sind realer Ausdruck eines entstehenden neuen sozialen Widerstands, dessen zentrale Schwäche aber die "Ost"-Bindung darstellt. Insofern ist die programmatische Ausrichtung der PDS zwar auf dem Papier "gesamtdeutsch", die Praxis in den neuen Bundesländern verstärkt aber die regionale Borniertheit der sozialen Bewegungen im Osten.

Daß dieser Widerstand von der "Basis" ausgeht und nicht eine des gutgläubigen Vertrauens auf irgendeine Partei (mehr) ist, scheint mir zunehmend der Fall.

Die PDS mag man in vielerlei Hinsicht kritisieren, positiv ist festzuhalten, daß sie in ihrem Wahlkampf den Schwerpunkt auf die "VerliererInnen" der Einheit setzte, positiv ist auch, daß sie sich nicht ausschließlich als "Interessenvertreterin" anbot, sondern für das eigene und selbständige Engagement eintrat ("Zwar arbeitslos, aber nicht wehrlos").

Die Stimmen für die PDS nun umstandslos als Stimmen für einen konsequent antikapitalistischen Kampf umzudeuten, wäre allerdings ebenso verhängnisvoll. Viele, gerade im Osten, sehen in der PDS (das sieht Egon Bahr in seinem Spiegel-Interview durchaus richtig) die "bessere SPD", also eindeutig eine sozialdemokratische, nicht eine kommunistische Kraft, und das ist sie ja auch.

(Egon Bahr glaubt zwar, die PDS-WählerInnen würden in Kürze in die SPD eintreten, aber da hat er wohl ein verzerrtes Bild von seiner eigenen Partei.)

Antifaschistische Positionen haben in diesem Wahlkampf nur eine untergeordnete Rolle gespielt. Zwar haben Bündnis 90/Die Grünen, zwar hat auch die PDS (und in einigen Sätzen am Rande haben dies auch CDU und SPD getan) pflichtgemäß auf wachsenden Rassismus und faschistische Gewalt hingewiesen, aber einen wirklichen "Ruck durch die Gesellschaft", der eine Kampfansage an die Neofaschisten dargestellt hätte, hat es nicht gegeben.

Auch die Perspektive der "Antifaschistischen Aktion (BO)", die den Wahlkampf mit der Parole "Den Klassenkampf wählen" kommentierte, trug keine Früchte.

Bleibt als Fazit, daß die antifaschistische Bewegung nach wie vor in einer Krise steckt, was die Formulierung eigener Perspektiven betrifft, doch die Diskussionen sind allerorts in Gang gekommen, und das ist ja auch schon etwas.

Stephan W. Born (AFB)

Günter Deckert

Biedermann und
geistiger Brandstifter

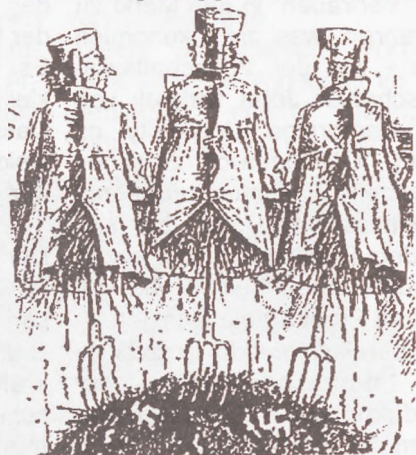
Eine kleine Materialsammlung



Herausg. Antifaschistisches Aktionsbündnis Weinheim
3. erweiterte Auflage Oktober 1994 Schutzgebühr: 3 DM

Das Skandal-Urteil

des Mannheimer Landgerichts gegen den Neonazi Günter Deckert



„Der Misthaufen der Justiz“

Deutsche Justiz - blind auf dem rechten Auge
oder offene Kumpanel?

Dokumentation der Auseinandersetzung um den Deckert-Prozß 92 - 94

zu beziehen bei
Antifaschistisches Aktionsbündnis
Weinheim
c/o Bernhard Feuling, Paulstr.13
36469 Weinheim
gegen 6 DM in Briefmarken

ZEITZÜNDERBOMBEN

Zu welchem Zweck die neue Weltwirtschaft neue Explosionen wie die in Chapas entzünden wird

von Noam Chomsky

Enorme Veränderungen in der Weltordnung im letzten Viertel des Jahrhunderts haben dazu geführt, daß das nicht regulierte Finanzkapital gewaltig gewachsen ist, zugleich hat eine radikale Wende in der Verwendung dieses Kapitals stattgefunden - von langfristigen Investitionen und Handel hin zu Spekulation.

Die Wirkungen davon sind gewesen, daß die wirtschaftliche Planung auf nationaler Ebene untergraben wurde. Die Regierungen sind dazu gezwungen, das "Vertrauen" in den Markt zu bewahren, was die Ökonomien zum - wie der Wirtschaftswissenschaftler **John Eatwell** von der Cambridge University es nennt - "Gleichgewicht zwischen niedrigem Wachstum und hoher Arbeitslosigkeit" führt, bei sinkenden Reallöhnen, steigender Armut, Ungleichheit für die vielen und Profit für die wenigen. Der parallellaufende Prozeß einer Internationalisierung der Produktion gibt den multinationalen Gesellschaften neue Werkzeuge, die arbeitende Bevölkerung im Westen zu unterterminieren. Arbeiter sollen jetzt akzeptieren, daß Schluß ist mit ihrem "luxuriösen" Lebensstil, und ja sagen zu "flexiblen Arbeitsmärkten" (d.h. dazu, nicht zu wissen, ob man morgen eine Arbeit hat).

Osteuropas Rückwende zu seinem traditionellen Platz in der dritten Welt stärkt diese Zukunftsaussichten erheblich. **Die Angriffe auf die Rechte der Arbeitenden, auf die sozialen**

Standards und auf die Demokratie spiegeln die neue Weltordnung wider.

Das tut auch der neue Aufschwung in den USA - der erste übrigens, bei dem die Löhne für einen Großteil der Arbeitskräfte sinken, die Ungleichheit zunimmt, die Arbeitslosenziffern sich kaum ändern und in dessen Verlauf ein Viertel der neuen Arbeitsplätze von Ersatzbüros* mit einstweiliger Unterstützung als Sonderhilfe geschaffen werden (eines dieser Büros ist jetzt laut FORTUNE MAGAZINE der größte private Arbeitgeber der USA).

Es ist verständlich, daß eine kleine Elite triumphierend jubelt. Dasselbe gilt für die Hoffnungslosigkeit und die Wut gegenüber der privilegierten Klasse.

Der indianische Bauernaufbruch in Chiapas muß in diesem Zusammenhang gesehen werden. **Der Aufbruch fiel mit dem Inkrafttreten des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens (NAFTA) zusammen.** Die zapatistische Armee nannte das NAFTA ein "Todesurteil" für die Indianer, ein Geschenk für die Reichen, das die Kluft zwischen dem konzentrierten Reichtum und dem Massenelend vertiefen und das zerstören wird, was noch von der indigenen Gesellschaft übriggeblieben ist.

Die Verbindung zum NAFTA ist teilweise symbolisch; die Probleme reichen weitaus tiefer.

"Wir sind ein Produkt von 500 Jahren Kampf", hieß es in der

"Kriegserklärung" der Zapatisten; der Kampf geht um "Arbeit, Boden, Wohnungen, Essen, ein Gesundheitswesen, Bildung, Freiheit, Demokratie, Gerechtigkeit und Frieden".

Der indianische Bauer ist das am meisten benachteiligte Opfer der Regierungspolitik. Aber sein Unglück wird von vielen anderen geteilt.

"Jeder, der die Möglichkeit gehabt hat, mit den vielen Millionen Mexikanern, die in extremer Armut leben, in Kontakt zu kommen, weiß, daß wir auf einer Zeitzünderbombe leben", schreibt die mexikanische Leitartikelschreiberin **Pilar Valdes**.

Im Laufe der wirtschaftlichen Reformen der letzten beiden Jahre ist die Zahl der Menschen, die in Mexiko unter freiem Himmel in unbeschreiblicher Armut leben, um nahezu ein Drittel gestiegen.

Der Hälfte der gesamten Bevölkerung des Landes fehlt es an Mitteln, um nur die grundlegendsten Bedürfnisse zu befriedigen, was gegenüber 1980 eine dramatische Steigerung ist.

Als Folge der Auflagen der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (IWF) wird die **landwirtschaftliche Produktion für den Export und als Viehfutter gebraucht**, eine Politik, die den Agrarunternehmen, ausländischen Verbrauchern und den reichsten Regionen in Mexiko auf Kosten der allgemeinen Bevölkerung genutzt hat.

Mangelernährung ist das größte Gesundheitsproblem geworden, die Beschäftigung innerhalb der

Landwirtschaft ist gesunken, fruchtbarer Boden aufgegeben, und Mexiko hat begonnen, große Mengen von Nahrungsmitteln zu importieren.

Der Reallohn in der Industrie ist kräftig gefallen. Der Anteil der Arbeitenden am Bruttoinlandsprodukt, der bis Mitte der 70er Jahre anstieg, ist seither um über ein Drittel zurückgegangen.

Die oben genannten Phänomene sind allgemeine Begleitphänomene der neoliberalen Reformen. IWF-Untersuchungen zeigen "ein deutliches und dauerhaftes Muster mit Rückgang des Anteils der Arbeitenden am Einkommen" unter dem Einfluß der "Stabilisierungsprogramme" des IWF in Lateinamerika, stellt der Wirtschaftswissenschaftler Manuel Pastor fest.

Der mexikanische Handelsminister hat den Lohnabstieg als Lockmittel für ausländische Kapitalanleger willkommen geheißen. Das ist er auch - zusammen mit der Unterdrückung der Arbeitskraft in Mexiko, der geringen Beachtung internationaler Umweltregelungen sowie der

vorrangigen Politik einer Anpassung der Sozialpolitik an die Wünsche einer privilegierten Minderheit.

Solche politischen Maßnahmen werden natürlich von den Unternehmensführern und finanziellen Institutionen willkommen geheißen, die mit deren Hilfe, die sie etwas irreführend als "Freihandelsabkommen" bezeichnen, deren Kontrolle über die weltweite Wirtschaft erhöhen.

Das NAFTA wird voraussichtlich große Massen von Arbeitenden vom Lande vertreiben und damit das Elend und die überschüssige Arbeitskraft unter freiem Himmel vermehren. Es wird erwartet, daß die Beschäftigung in der Industrie, die während der Reformen gesunken ist, noch stärker zurückgeht.

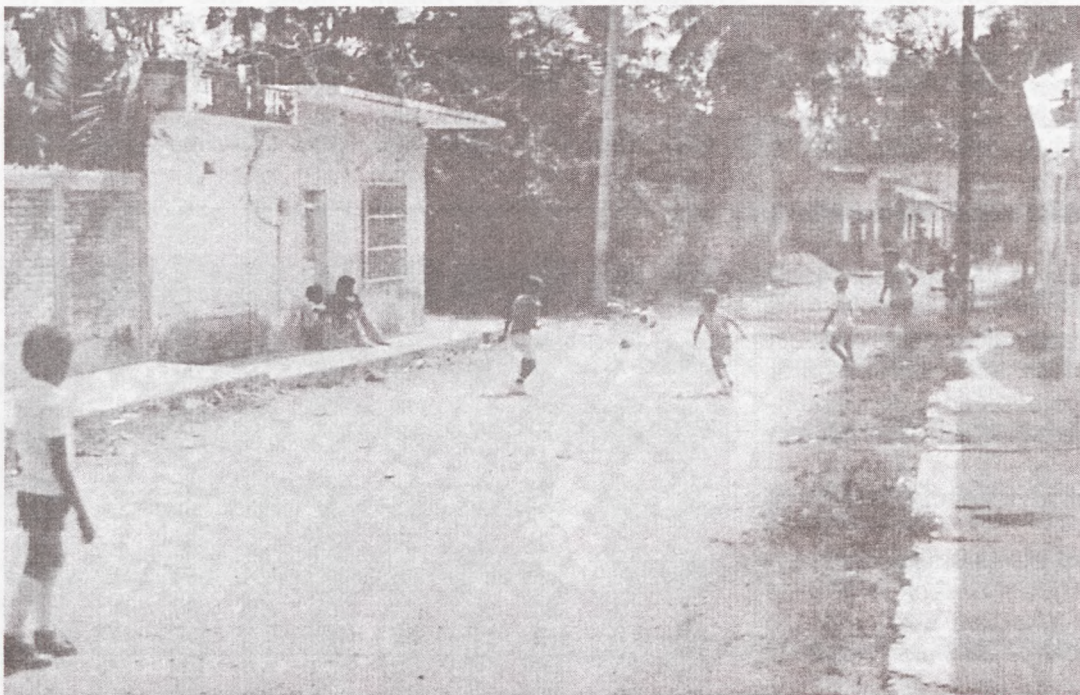
Eine von dem führenden Finanzblatt Mexikos, EL FINANCIERO, angestellte Untersuchung sieht voraus, daß Mexiko nahezu ein Viertel seiner Industrie und 14 Prozent seiner Arbeitsplätze im Laufe der ersten

beiden Jahre nach Inkrafttreten des NAFTA einbüßen wird.

"Die Wirtschaftswissenschaftler sehen voraus, daß mehrere Millionen Mexikaner vermutlich ihre Arbeit im Laufe der ersten fünf Jahre, nachdem das Abkommen in Kraft getreten ist, verlieren werden", schrieb Tim Golden in THE NEW YORK TIMES. Diese Entwicklung wird die Löhne noch mehr drücken, gleichzeitig damit aber den Profit und die soziale Polarisierung mit vorhersehbaren Folgen in den USA und in Kanada steigern.

Den NAFTA-Befürwortern zufolge besteht der größte Vorteil des NAFTA darin, daß es die neoliberalen Reformen festgeklopft - also die Reformen, die einen jahrzehntelangen Fortschritt in bezug auf Lohnempfängerrechte und wirtschaftliche Entwicklung in Verarmung und Elend für die Massen und in Bereicherung für die wenigen und für die ausländischen Kapitalanleger verwandelt habe.

"Dieser wirtschaftliche Vorzug" habe Mexikos Wirtschaft im allgemeinen einen "geringen Lohn" gebracht, schreibt die



Trostlosigkeit der "Dritten Welt" (eine Straße in San Cristobal de las Casas)

FINANCIAL TIMES. "Mexikos acht Jahre, die der wirtschaftlichen Marktwirtschaft der Lehrbücher gefolgt sind", schreibt die TIMES, hätten nur geringes Wachstum geschaffen, das bis jetzt einer unvorhergesehenen wirtschaftlichen Hilfe von der Weltbank und den USA zu verdanken sei. Hohe Zinsen hätten teilweise die Kapitalflucht, die die Hauptursache für Mexikos Geldkrise gewesen sei, gewendet, aber Abzahlung des Geldes sei nichtsdestoweniger eine steigende Last, wovon der größte Teil Geld an die reichen Mexikaner sei.

Nicht überraschend war der starke Widerstand gegen die Pläne, dieses Entwicklungsmodell "festzuklopfen". Der Historiker Seth Fein, als Autor aus Mexico City, beschreibt die großen Demonstrationen gegen das NAFTA als "wohlformulierten, aber in den USA überhörten Schrei der Frustration über die Politik der Regierung, die die Arbeiter-, Bauern- und Ausbildungsrechte, die in der Verfassung des Landes von 1917, die in der Bevölkerung stark verankert ist, festgelegt sind, außer Kraft setzt. Viele Mexikaner haben das Gefühl, daß genau das der Hintergrund für das NAFTA und die Außenpolitik der USA hier in Mexiko ist."

Eine "Stellungnahme der mexikanischen Bischöfe zum NAFTA" vom 1. September 1993 verurteilt das Abkommen und die Wirtschaftspolitik, die ein Teil davon ist, aufgrund ihrer sozial verheerenden Auswirkungen. Sie griff die Warnungen der Konferenz der lateinamerikanischen Bischöfe von 1992 auf, daß "die Marktwirtschaft nicht zu etwas Absolutem werden darf, auf dessen Altar alles andere geopfert wird, was die Ungleichheit und die Marginalisierung großer Teile der Bevölkerung vertieft."

Das Abkommen traf auch auf Widerstand bei großen Teilen der Arbeitnehmer, unter anderem der Mitglieder der nicht regierungsgelenkten Gewerkschaften. In der LOS ANGELES TIMES beschreibt Juanita Darling den großen Zorn, den die mexikanischen Arbeiter über die Vernichtung ihrer "harterkämpften Arbeitnehmerrechte" empfinden, die offenbar "geopfert werden" sollen, "indem nach und nach Unternehmen, die versuchen, mit ausländischen Unternehmen zu konkurrieren, sich nach neuen Methoden umsehen, um die Kosten zu senken."

Die Gewerkschaftsführer und andere Kritiker warnen vor der Bedeutung des NAFTA für die Löhne, die Rechte der Arbeitnehmer, die Arbeitsverhältnisse, den Verlust der Souveränität, den erhöhten Schutz der Rechte der Unternehmen und Kapitalleger sowie einer Unterminierung der Möglichkeiten für ein tragfähiges Wachstum.

Diese Befürchtungen brauchten nicht lange, um Wirklichkeit zu werden.

Unmittelbar nach der Abstimmung über das NAFTA im Kongreß wurden die Arbeiter

aus den Unternehmen Mexican Honeywells und General Electrics wegen des Versuchs, unabhängige Gewerkschaften zu gründen, entlassen. Das ist eine allgemeine Vorgehensweise:

Die Ford Motor Co. entließ 1987 ihre gesamte mexikanische Belegschaft in einer Fabrik, kündigte die Vereinbarungen mit den Gewerkschaften und stellte die Arbeiter erneut ein, diesmal aber zu weitaus niedrigeren Löhnen.


Brutale Unterdrückung zerschlug alle Proteste.

Die Volkswagenwerke folgten 1992 mit Unterstützung durch die Revolutionäre Staatstragende Partei (PRI, die Regierungspartei) damit, daß sie ihre 14.000 mexikanischen Arbeiter entließen und nur diejenigen wiedereinstellten, die sich von den unabhängigen Gewerkschaftsführern lossagten.

All das sind die Grundelemente im dem "Wirtschaftswunder", die mit dem NAFTA "festgeklopft" werden sollen.

Wenige Tage nach der Abstimmung über das NAFTA beschloß der amerikanische Senat, was Senator Orinn Hatch

Anzeige



Kurt-Schumacher-Platz 1a, 44787 Bochum Eingang Hellweg, Tel.: 0234/ 12967

TAGLICH GEOFFNET AB 18.00 UHR

als "bestes Antikriminalitätspaket der Geschichte" bezeichnete. Das Gesetz sieht 100.000 neue Polizeibedienstete vor, regionale Hochsicherheitsgefängnisse, militärartige Trainingslager für junge Gesetzesbrecher, Ausweitung des Zugangs zur Todesstrafe und härtere Urteile sowie andere unheilverkündende Initiativen. Selbst hochrangige Polizeiexperten zweifeln daran, daß das Gesetz großen Effekt auf die Kriminalität haben wird, weil es absolut nicht bei den Ursachen für die soziale Ausstoßung ansetze, die Gewaltkriminalität erzeuge. Zuerst die soziale und ökonomische Wirklichkeit, die die amerikanische Gesellschaft polarisiert und die noch einen Schubs nach vorn mit dem NAFTA erhalten habe.

Der Begriff "Effektivität", wie er von den Reichen und Privilegierten definiert wird, hat keinen Sinn für den ständig größeren Anteil der Bevölkerung, der unbrauchbar dafür wird, Profit zu schaffen, und der daher in Armut und Hoffnungslosigkeit hinausgedrängt wird. Wenn man ihn nicht in die Slums der Städte einsperren kann, muß man ihn auf die eine oder andere Weise kontrollieren.

Ebenso wie das Timing des Aufstandes der Zapatisten hatte das Gesetz eine größere Be-

deutung als nur die symbolische.

Die NAFTA-Debatte drehte sich zuallererst um die großen Ströme von Arbeitsplätzen, die man bis dahin nur wenig gesehen hatte. Mit mehr Sicherheit können wir voraussagen, daß die Löhne auf einem großen Teil des Arbeitsmarktes nach unten gehen werden.

"Viele Wirtschaftswissenschaftler meinen, daß das NAFTA dazu führen wird, daß die Löhne sinken, weil die niedrigeren mexikanischen Löhne eine Schwerkraftwirkung auf die amerikanischen Löhne haben werden", schreibt **Steven Pearlstein** in der WASHINGTON POST.

Diese Erwartung wird von den NAFTA-Befürwortern geteilt, die bestätigen, daß schlecht ausgebildete Arbeiter (etwa 70 Prozent der Arbeitskräfte) einen Rückgang beim Lohn werden hinnehmen müssen.

Die von der NEW YORK TIMES vorgenommene Untersuchung der erwarteten Auswirkungen des NAFTA in der Region New York kam zu einer ähnlichen Schlußfolgerung. Die Gewinner werden "die Banken sowie die Telekommunikations- und Dienstleistungsunternehmen" sein, darunter Versicherungsgesellschaften, Kapitalanlagefirmen, Rechtsanwälte, die

Werbeindustrie, persönliche Berater und ähnliche.

Andere Industrien, vor allem die Hightech-, Verlags- und Medizinbranche, können auch einen Gewinn als Folge des erhöhten **Schutzes von intellektuellem Eigentum** erzielen, eines Schutzes, der geschaffen wird, um zu gewährleisten, daß die großen Unternehmen die Technologie der Zukunft kontrollieren.

Verlieren dagegen werden "vor allem Frauen, Schwarze und Leute spanischer Abstammung" sowie "ungelehrte Industriearbeiter", d.h. der größte Teil der New Yorker Bevölkerung, wo 40 Prozent der Kinder bereits unter der Armutsgrenze leben, mit Gesundheits- und Ausbildungshandicaps, die sie für ein bitteres Schicksal "festklopfen" werden.

Mit einer Bemerkung, daß der Reallohn für Industriearbeiter und andere Nicht-Leitende auf das Niveau der 60er Jahre gesunken sei, sieht das **Büro für Technische Anforderungen (OTA)** des Kongresses in einer Analyse des NAFTA voraus, daß, wenn er nicht beträchtlich abgeändert wird, der NAFTA-Vertrag "in steigendem Maße die USA auf eine Zukunft mit niedrigen Löhnen und niedriger Produktivität festklopft." Die Änderungsvorschläge, die vom OTA und von anderen Kritikern kamen, blieben, grob betrachtet, ungehört.

Die Fassung des NAFTA, die in Kraft getreten ist, wird wahrscheinlich zur Folge haben, was das WALL STREET JOURNAL als eine "willkommene Entwicklung von ausschlaggebender Bedeutung" bezeichnet: eine Senkung der Kosten bei der amerikanischen Arbeitskraft unter das Niveau sämtlicher größeren Industrienationen abgesehen von England (bis 1985 war der Stundenlohn des amerikanischen Arbeiters höher als in den anderen G7-Ländern).

Anzeige

MIT EINER

SOLARANLAGE

SCHEINT IHRE SONNE EIN BISCHEN LÄNGER



SWB
Sonne- und Windenergieanlagenbau GmbH
Handwerksbetrieb in Selbstverwaltung
Karl-Hermann-Str. 14
45701 Herten
Telefon 0 23 66 / 4 39 65

Heizungsanlagen
Sanitarinstallationen
Elektroinstallationen

Solaranlagen
Regenwassernutzung
Brennwertkessel

In einer globalisierten Wirtschaft werden die Wirkungen weltumspannend, da ja die Konkurrenten sich anpassen müssen:

General Motors kann nach Mexiko umziehen, oder jetzt nach Polen, abhängig davon, wo der Konzern Arbeiter für einen Bruchteil der Kosten für westliche Arbeitskräfte finden kann und durch einen Schutzzoll von 30 Prozent geschützt wird.

Die Volkswagenwerke können in die Tschechische Republik umziehen und Vorteile aus einem ähnlichen Schutz ziehen, **den Profit einstreichen und der Regierung die Kosten hinterlassen.**

Daimler-Benz kann ähnliche Arrangements in Alabama erreichen.

Das Kapital kann sich frei bewegen, während die Arbeiter und die Gesellschaft unter den Konsequenzen zu leiden haben. Gleichzeitig wird das enorme Wachstum an unreguliertem Kapital mit großer Macht **Erpressung in Richtung auf eventuelle stimulierende Regierungs-Initiativen** ausüben können.

Es gibt viele Faktoren, die die Weltgesellschaft in Richtung auf eine Zukunft mit niedrigen Löh-

nen, niedrigem Wachstum und hohen Profiten bei steigender Polarisierung und sozialer Ausstoßung treiben.

Von anderen Konsequenzen kann genannt werden, daß bedeutende **demokratische Prozesse absterben, während allmählich die Initiative übergeht auf private Institutionen und deren Scheinregierungsstrukturen**, die mit dem verschmelzen, was die FINANCIAL TIMES eine **"De-facto-Weltregierung"** nennt, die in Geheimtueri und ohne Verantwortung operiere.

Diese Entwicklungen haben kaum etwas mit Wirtschaftsliberalismus zu tun, einem Begriff von schwindender Bedeutung in einer Welt, in der ein großer Teil des "Handels" aus zentral gesteuerten Transaktionen besteht (die z.B. die Hälfte des Exportes der USA nach Mexiko ausmachen - "Export", der niemals auf den mexikanischen Markt kommt).

Gleichzeitig verlangen und erlangen private Kräfte Schutz vor den Marktkräften genauso wie zuvor. Es paßte sehr gut, daß Clinton auf dem Seattle-Asia-Pacific-Gipfeltreffen die Boeing Corporation als das Modell für

den künftigen "freien Markt" vorstellte. Boeing würde nicht der führende Exporteur des Landes sein, vielleicht sogar überhaupt nicht existieren, wenn nicht aufgrund der enormen staatlichen Unterstützung durch das Pentagon, die das Unternehmen allezeit erhalten hat.

Die Proteste der indianischen Bauern in Chiapas zeigen nur einen Zipfel der Zeitzünderbombe, die jederzeit explodieren kann - und nicht nur in Mexiko.

**) Offenbar im Sinne eines auf Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen basierenden Unternehmens zu verstehen (Anmerkung des Übersetzers)*

Der Artikel von Noam Chomsky wurde aus dem US-Amerikanischen ins Dänische übersetzt aus der Zeitschrift IN THESE TIMES vom 21. Februar 1994 durch Susanne Arends und in dieser Form in DAGBLADET ARBEJDEREN Nr. 177/1994 vom 20.09.1994 veröffentlicht. Die Übersetzung aus dem Dänischen ins Deutsche wurde von Klaus Dillmann vorgenommen.

Anzeige

Jonglieren
Fahrräder
Theater
Artistik
Kunst

balance. Nichts sonst.
Kortumstr.5 44787 Bochum 1Tel.:0234 -12051/ 52

KÜCHE AUS 100% NACHT GEMISCHT

KOKILLE



Original türkische
Küche

Bochum, Südring 24
Tel. 66611
geöffnet
Montags bis Sonntag
18.00 Uhr bis 3.00 Uhr
nachts

Ein Tag in Bremen

Ein Augenzeugenbericht von den Bremer Einheizfeiern am 3.10.

Emotionslos fotografiert der Besitzer des ausgebrannten Fords die Reste seines Stolzes. Man hat seine Vierzigtausend-Mark-Schleuder in der Nacht zum 3.10. in Brand gesetzt, so daß das Interieur verschmolzen ist. Dieser Wagen ist eines von mindestens zwei Fahrzeugen, die die Hitze der Nacht nicht unbeschadet überstanden. Sein vom Regen durchweichtes Hemd bemerkt der Mann erst gar nicht, so sehr schocken ihn die Ereignisse der Nacht.

Der Wagen steht ca. fünfzig Meter vom Sielwall-Zentrum in Bremen. Vor dessen Türe stehen 40 Grenzschützer und bilden eine Straßensperre. Sie durchsuchen jedes Fahrzeug und jeden Passanten, der in Richtung Innenstadt gehen bzw. fahren möchte.

Hinter dem Elbdeich, der 500 Meter vom Sielwall-Haus entfernt ist, versammeln sich Menschen, die dann in kleinen Gruppen den Deich hochgehen und versuchen, in Richtung Innenstadt zu gelangen. Sie werden von den Sperren des BGS nur unter der Bedingung durchgelassen, daß sie sich durchsuchen lassen. Einige gehen darauf ein und können wenig später passieren, andere versuchen es ein zweites und ein drittes Mal erneut. Diese Sperre ist natürlich nicht die einzige, das gesamte Ostertorviertel ist von Sperren des BGS und der Polizei durchzogen. Dennoch muß der hochweise Einsatzleiter einige Straßen in diesem sehr verwinkelten Stadtteil übersehen haben, so daß es einigen DemonstrantInnen gelingt, unkontrolliert durchzukommen. Es ist jetzt 8.30 Uhr, seit gut eineinhalb

Stunden spielen die DemonstrantInnen mit den BGSlern und den Polizisten Katz und Maus.

Wenig später, an der Kreuzung Ostersteintor-Sielwall dröhnt laute Musik aus zwei Wohnungen. Fünfzig Meter weiter formiert sich ein Demonstrationzug von ca. 500 Leuten. Vor ihnen steht eine BGS-Einheit von 30 Kämpfern. Zwischen dem Demoblock und den BGSlern steht ein adrett gekleideter Typ, der versucht, die Leute gegen die BGSler aufzustacheln. Nachdem Teile der Demonstration den nebenstehenden Comet-Markt "entglast" und einige Einkaufswagen rausgeholt haben, setzt sich der Demozug, um eine frühe Konfrontation mit der Polizei zu vermeiden, in eine Seitenstraße in Bewegung, in Richtung Kongreßzentrum. Die BGSler folgten dem Zug in einer Parallelstraße. Wenig später gelangt der Zug zur Bahnhofsunterführung. Während dieser Zeit sieht man nur wenig Polizei auf den Straßen, so daß die vorher so gefürchtete Passage durch die Unterführung problemlos verläuft. Danach wechselt der Zug von der großen Straße in kleine Nebenstraßen, bis er schließlich, nach einigen Verirrungen im Labyrinth der Gassen, im Bürgerpark, nur noch 500 Meter vom Kongreßzentrum (ICC) entfernt, wieder hervortritt. Durch den glücklichen Umstand, daß in der weiträumigen Absperrung des ICC nur 2 (in Worten zwei) Absperrgitter genau an der entscheidenden Stelle fehlen, an der der Demozug gezwungenermaßen hätte halt machen müssen, wenn der Zaun lückenlos gewesen wäre, kann der Zug die Absperrgitter überrennen und so näher an das Kongreßzentrum gelangen, als von Polizei und BGS vorgesehen. Drei Polizisten versuchen todesmutig, die Lücke im Zaun durch den Einsatz ihres Körpergewichtes zu stopfen, doch der mittlerweile ins Rennen übergegangene Demozug läßt sich nicht mehr aufhalten. Es folgen Jagd- und Hetzscenes im Bürgerpark, bei denen die Polizei versucht, die DemonstrantInnen am weiteren Annähern an das Zentrum zu hindern. Kurze Zeit später gelangt der mittlerweile chaotisch durcheinanderlaufende Demozug auf den Parkplatz des Zentrums, doch weiter als zwanzig Meter an das ICC kommt keiner, die ca. 500 DemonstrantInnen werden von Polizei und BGS auf dem Platz eingesammelt bzw. eingekreist und in eine Ecke des Platzes getrieben. Es ist jetzt halb zehn, eine Stunde, nachdem der Zug sich in Bewegung gesetzt hat, stehen sie



Drei Polizisten führen einen "Störer" ab

von höchstens 150 Polizisten eingekesselt 100 Meter vor dem Kongreßzentrum. Kurze Zeit später hält es der Einsatzleiter für angemessen, zwei Wasserwerfer vor dem Kessel zu plazieren. Nachdem einige Zeit nichts passiert, ergreift der Einsatzleiter das Wort. Er teilt den Versammelten mit, daß die Eingekesselten TeilnehmerInnen an einer verbotenen Demonstration seien und sie nun alle zur Erfassung ihrer Daten einzeln aus dem Kessel geholt würden. So wird auch eine halbe Stunde verfahren. Leute werden rausgeholt und zu den bereitstehenden Gefangenentransportern gebracht, wo sie durchsucht und ihnen Wertgegenstände und Ausweise abgenommen werden und von wo sie anschließend in die Knäste gefahren werden. Man soll es nicht glauben, doch in der Führungsriege der Polizei gibt es doch noch Samariter. Der Einsatzleiter teilt den DemonstrantInnen über die Lautsprecher der Wasserwerfer mit, daß er es aufgrund des starken Regens für angebracht halte, die Leute in die nahegelegene Eisenbahnunterführung zu verbringen. Er fordert die DemonstrantInnen dazu auf, sich nun geschlossen in Bewegung zu setzen, doch die Polizisten, die in einer Kette vor den DemonstrantInnen stehen, laufen nicht los, so daß auch die Leute nicht gehen. Stattdessen bleiben sie relativ ratlos stehen. Als die Leute nach einer weiteren Aufforderung sich nicht geschlossen in Bewegung setzten, werden sie in Gruppen von bis zu zehn Menschen unter die Unterführung verbracht. Von der anderen, der Innenstadtseite, her ist ein weiterer Kessel unter diese Brücke geschleust worden, so daß nun ca. 1000 Leute in dem Tunnel verharren. Vorn und hinten stehen jeweils zwei Reihen Polizei, die den Tunnel verschlossen halten. Es ist jetzt halb zwölf. Wenig später werden - wie durch ein Wunder - alle Leute aus dem Tunnel in Richtung Innenstadt freigelassen. Wohl deshalb, weil der Bundeskanzler und weitere Politiker sowie Bonzen ihr Erscheinen im Kongresszentrum angekündigt haben.

Nach der Freilassung formiert sich der nun größer gewordene Demozug erneut und macht sich in Richtung des Bremer Arbeitsamtes auf, um einen weiteren Kessel, auf den gerade eingepregelt werden soll, zu Hilfe zu kommen. Fünf Minuten, eine verbrannte Deutschlandfahne und mehrere demolierte Wahlkampfplakate. Später heißt es, daß der Kessel am Arbeitsamt doch wieder freigelassen worden sei. Nun orientiert man sich zur Bremer Innenstadt, wo dem Volk gestattet wird, seine Einheit zu feiern. Während zwei Kilometer Luftlinie zur gleichen Zeit die Führer und Bonzen dieses Staates sich wegen der Einheit besaufen, abgeschirmt vom Pöbel durch staatterroristische Schlägereinsatzkommandos.

Die Demonstration kündigt ihr Erscheinen in der Bremer Innenstadt durch das Zerwerfen der Scheiben der Deutschen Bank und der Commerzbank an. Die vor der Deutschen Bank postierten Zivilpolizisten gehen sehr rabiat gegen Leute vor, die angeblich mit Tonsteinen Scherben aus den Scheiben der Deutschen Bank gemacht haben sollen. Sie dreschen dazu mit Schlagstöcken auf die, die sich keiner Schuld bewußt sind, ein. Nun folgt ein Kessel nach dem anderen, Leute werden wahllos eingekesselt und in die Gefangenentransporter gebracht. Die Polizei, die mittlerweile den Überblick verloren hat, umstellt wahllos Leute, die auch nur so aussehen, als seien sie Oppositionelle. Bei einem Kessel vor den zerborstenen Scheiben einer Boutique werden die Gekesselten so weit zurückgedrückt, daß zwei DemonstrantInnen in die Auslagen des Geschäftes fallen und sich ernste Schnittwunden zuziehen. Die herbeigerufenen Sanitäter des Demoblocks dürfen nicht in den Kessel, um Erste Hilfe zu leisten. **Bruno**

Anzeige

Kurdistan-Rundbrief

Das Bulletin der Kurdistan- Solidaritätsbewegung und des Kurdistan-Komitees

erscheint alle 14 Tage
die aktuellste deutschsprachige Publikation

berichtet

- * aus Kurdistan
- * über die Solidaritätsbewegung
- * von den Kurdenkongressen
- * Dokumente
- * u.v.a.

mindestens 8 Seiten

26mal im Jahr

Jahresabonnement 52,- DM

Buch- und Infoläden bekommen 30% Rabatt, andere Weitverkäufer bekommen das Heft für 1,-DM pro Stück

Bestellungen an:

GNN-Verlag
Zülpicher Str.7
Postfach 260226
50674 Köln

Überweisungen an:

BfG Köln,
BLZ 370 101 11, Konto Nr. 11 44 39 36 00
oder an
Postgiroamt Köln,
BLZ 370 100 50, Konto Nr. 104 19-507.

**Hiernit abonniere ich Exemplare des
Kurdistan-Rundbrief**

.....
.....
.....

Ausschneiden u. schicken an:

GNN-Verlag,
Zülpicher Str.7,
50674 Köln

Ilhan Gün/Rüdiger Damm

Außenseiter

Die Geschichte des Zusammenlebens und kommunale Ausländerpolitik/Ausländerarbeit

Berlin: VWB, 1994

Das Buch **"Außenseiter. Die Geschichte des Zusammenlebens und kommunale Ausländerpolitik/Ausländerarbeit"** ist einem MigrantInn gewidmet, der als "Ausländer", als Außenseiter, seit Jahrzehnten in der Bundesrepublik Deutschland lebt, der sich menschlich und politisch engagiert, die Harmonie in Ungleichheit ablehnt und dabei immer wieder auf viele Grenzen und Vorurteile trifft.

Die Autoren erörtern, ob Vorurteile gegenüber MigrantInnen Ursache und/oder Mittel zur Ausgrenzung sind und zur Machterhaltung der deutschen Mehrheit dienen. Sie analysieren das Thema in Anlehnung an die **"Außenseiter-Etablierten-Figuration"** von **Norbert Elias**. Dieser Blick auf die Funktion der Vorurteile für die Deutschen (Etablierte) und die Auswirkungen für die MigrantInnen (Außenseiter) wurde bisher zumeist außer acht gelassen. Die Autoren behandeln daher ein komplexes Thema von aktueller gesellschaftspolitisch-soziologischer und kommunalpolitischer Relevanz

In ihrer Beobachtung gehen die Autoren bis 1880 zurück. Sie behandeln das Zusammenleben der MigrantInnen und Deutschen im Hinblick auf die bestimmenden Einflußfaktoren. Anhand von mehreren Beispielen zeigen sie auf, wie sich Politik, Gesetzgebung, Medien und die Bevölkerung in ihrem Zusammenspiel beeinflussen. Bis in die Gegenwart untersuchen sie die Auswirkungen dieses Zusammenspiels auf das Zusammenleben von Deutschen und MigrantInnen. Ähnlich einem Fußballspiel, bei dem es auch nicht möglich ist, das Verhalten einer Gruppe zu betrachten, ohne das Verhalten der anderen Gruppe zu sehen, interessiert die Autoren das Zusammenspiel der MigrantInnen und der Deutschen. Der vielfach verwendete Begriff "Integration" - zumeist noch als Anpassungs-Integration bzw. "Germanisierung" definiert - wird in diesem Zusammenhang kritisch hinterfragt und im Sinne einer Emanzipation neu entworfen. (...)

Das Buch stellt einen Gewinn dar für die Migrationsforschung, für die Gewerkschaften, die Kommunalpolitik, die Bildungsarbeit, die Jugendarbeit, die Sozialarbeit und die Initiativarbeit gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit.

Michael Krummacher

(Anm.: M. Krummacher ist Prof. für Politikwissenschaft an der Ev. Fachhochschule RWL Bochum).

Die Wahlesel

Die Freiheit hat man satt am End', und die Republik der Tiere
begehrte, daß ein einz'ger Regent sie absolut regiere.
Jedwede Tiergattung versammelte sich, Wahzettel wurden geschrieben:
Parteisucht wütete fürchterlich, Intrigen wurden getrieben.

Das Komitee der Esel ward von Alt-Langohr^{re} regieret;
sie hatten die Köpfe mit einer Kokard', die schwarz-rot-gold, verzieret.
Es gab eine kleine Pferdepartei, doch wagte sie nicht zu stimmen;
sie hatte Angst vor dem Geschrei der Alt-Langohren, der grimmen.

Als einer jedoch die Kandidatur des Rosses empfahl, mit Zeter
ein Alt-Langohr in die Rede ihm fuhr und schrie: "Du bist ein Verräter!
Du bist ein Verräter, es fließt in Dir kein Tropfen vom Eselsblute;
Du bist kein Esel, ich glaube schier, Dich warf eine welsche Stute.

Du stammst vom Zebra vielleicht, die Haut, sie ist gestreift zebräisch;
auch Deiner Stimme näselnder Laut klingt ziemlich ägyptisch-hebräisch.
Und wärst Du kein Fremdling, so bist Du doch nur Verstandes-Esel, ein kalter;
Du kennst nicht die Tiefen der Eselsnatur, Dir klingt nicht ihr mystischer Psalter.

Ich aber versenkte die Seele ganz in jenes süße Gedösel;
ich bin ein Esel, in meinem Schwanz ist jedes Haar ein Esel.
Ich bin kein Römlin, ich bin kein Slaw', ein deutscher Esel bin ich
gleich meinen Vätern. Sie waren so brav, so pflanzenwüchsig, so sinnig.

Sie spleißen nicht mit Galanterei frivole Lasterspiele;
sie trabten täglich frisch-fromm-fröhlich-frei mit ihren Säcken zur Mühle.
Die Väter sind nicht tot! Im Grab nur ihre Häute liegen,
die sterblichen Hüllen. Vom Himmel herab schau'n sie auf uns mit Vergnügen.

Verklärte Esel im Glorielicht! Wir wollen Euch immer gleichen
und niemals von dem Pfad der Pflicht nur einen Fingerbreit weichen.
O, welche Wonne, ein Esel zu sein! Ein Enkel von solchen Langohren!
Ich möcht' es von allen Dächern schrei'n: Ich bin als ein Esel geboren.

Der große Esel, der mich erzeugt, er war von deutschem Stamme;
mit deutscher Eselsmilch gesäugt hat mich die Mutter, die Mamme.
Ich bin ein Esel und will getreu wie meine Väter, die Alten,
an der alten lieben Eseele, am Eseltume halten!

Und weil ich ein Esel, so rat' ich Euch, den Esel zum König zu wählen;
wir stiften das große Eselreich, wo nur die Esel befehlen.
Wir alle sind Esel, i-a, i-a! Wir sind keine Pferdeknechte
Fort mit den Rossen! Es lebe, hurra, der König vom Eselsgeschlechte!"

So sprach der Patriot. Im Saale die Esel Beifall rufen.
Sie waren alle national und stampften mit den Hufen.
Sie haben des Redners Haupt geschmückt mit einem Eichenkranze.
Er dankte stumm. Und hochbeglückt wedelt' er mit dem Schwanze.

Heinrich Helne